

Beginn: 09:01 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zu 131. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Christian Albrecht zum Schriftführer.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Befragung der Landesregierung.

Befragung der Landesregierung**– Drucksache 8/6508 –**

Meine Damen und Herren, die von den Abgeordneten gemäß Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 8/6508 zu nehmen. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist zu jeder Frage eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollten nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz und bitte den Abgeordneten Sebastian Ehlers, die Frage zum **Thema Nummer 1** zu stellen.

Sebastian Ehlers, CDU: Schönen guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

Ich habe das Thema „Personalsituation in der Justiz“ angemeldet. Wir haben ja in den vergangenen Tagen dort auch die Stellungnahme des Richterbundes hier vernommen, der davon spricht, dass 60 Kolleginnen und Kollegen dort fehlen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften, und da würde mich Ihre Einschätzung zu dieser Bewertung des Richterbundes und zu dem Alarmsignal, was da gesendet wurde, interessieren.

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Ehlers, die Personalsituation in der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern ist differenziert zu betrachten. Zunächst ist festzuhalten, dass wir im landesweiten Durchschnitt eine Pro-Stelle-Belastung nach PEBB§Y nach dem Personalbedarfsbemessungssystem von 0,99 haben und es derzeit auskömmlich ausgestattet ist, die Justiz.

Wir sehen aber, dass in einzelnen Bereichen es zu Belastungsspitzen kommt. Das ist unter anderem – und das wurde ja auch in den Pressemitteilungen des Richterbundes angesprochen – das Sozialgericht in Schwerin. Das Sozialgericht Schwerin ist derzeit mit außergewöhnlichen Verfahrensaufkommen konfrontiert. Hintergrund sind insbesondere umfangreiche Abrechnungsstreitigkeiten im Bereich der gesetzlichen Krankenkasse. Hier handelt es sich um eine sehr spezifische Entwicklung, wo wir noch nicht abschätzen können, ob das eine dauerhafte Entwicklung sein wird oder ob das eine temporäre Belastung ist. Wir haben insbesondere im Geschäftsbereich reagiert. Im richterlichen Bereich unterstützen derzeit vier Abgeordnete Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialgericht Rostock die Kollegin in Schwerin. Und im nicht richterlichen Bereich haben wir zusätzliche Abordnungen sowie Neueinstellungen. Zudem wurden zusätzliche Nachwuchskräfte geschaffen.

Insgesamt liegt die PEEB§Y-Belastung im Bereich der Sozialgerichtsbarkeiten bei 0,86. Wir sehen also insgesamt, dass hier diese Unterstützung möglich ist und dass auch noch alles bedarfsgerecht ist. Aber wir behalten natürlich die Situation mit dem Geschäftsbereich im Blick. Wir treffen uns jährlich zweimal, wo wir diese Situation besprechen, beziehungsweise erfolgen Berichte, dass wir dann gegebenenfalls, wenn es jetzt doch anders kommt, darauf reagieren. Und im Bereich der Staatsanwaltschaften, auch hier sehen wir eine Belastung der Staatsanwaltschaften. Das wissen Sie, dass wir durch den Haushalt 2026/2027 verstärkt haben mit vier Stellenverlagerungen aus der Sozialgerichtsbarkeit beziehungsweise erfolgen aktuell in diesem Jahr 19 Proberichterinneneinstellungen und Proberichter, sechs davon

wurden in die Staatsanwaltschaften zur Unterstützung gegeben, sodass auch wir hier versuchen, die Belastungsspitzen auf jeden Fall abzubauen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?
(Zustimmung)

Bitte!

Sebastian Ehlers, CDU: Ja, sehr gern!

Eine der Forderungen aus dem Richterbund war ja, eine Unterstützungszulage für Kolleginnen und Kollegen zu zahlen, die an anderen Standorten aushelfen. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag? Ist das möglich? Ist das eine Option, die für Sie auch in Betracht kommt?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Hier haben wir natürlich die gesetzlichen Regelungen zu beachten, das Landesbesoldungsgesetz. Wir können jetzt nicht einmalig eine Zulage außerhalb von Recht und Gesetz einführen, sondern wir haben das zu beachten. Und da laufen gerade die Prüfungen, ob das möglich ist.

Sebastian Ehlers, CDU: Vielen Dank!

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Constanze Oehlrich, die Frage zum **Thema Nummer 2** zu stellen.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Frau Ministerin!

Im Rechtsausschuss wird derzeit der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vollzugsgesetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern beraten, und in der

Vorversion zu diesem Gesetzentwurf, im sogenannten Referentenentwurf, gab es eine Vorschrift über die vollzugsexterne Behandlung psychisch erkrankter Gefangener. Diese ist im aktuellen Entwurf nicht mehr enthalten. Und die Professoren Frieder Dünkel und Stefan Harrendorf von der Universität Greifswald haben für die Sachverständigenanhörung zu dem Gesetzentwurf herausgearbeitet, dass Gefangene Anspruch auf den gleichen Standard der medizinischen, einschließlich psychotherapeutischen beziehungsweise psychiatrischen Versorgung haben wie Bürgerinnen außerhalb des Vollzugs, und haben gesagt, das ist halt Ausdruck des sogenannten Äquivalenzprinzips medizinischer Versorgung.

Und da jetzt der Vollzug in Mecklenburg-Vorpommern abgesehen von der Sozialtherapie nicht in der Lage ist, schwere psychiatrisch indizierte Persönlichkeitsstörungen beziehungsweise Erkrankungen selbst zu behandeln, müsse er sich, so die beiden Experten, externer Behandlungseinrichtungen bedienen. Und eben soweit die psychiatrische Versorgung in MV privatisiert ist, bedarf es halt im Falle der Nutzung derartiger Behandlungseinrichtungen der Beleihung derselben mit hoheitlichen Befugnissen. So eine Vorschrift findet sich aber eben nicht in dem jetzt uns zur Beratung vorliegenden Gesetzentwurf.

Die Landesregierung ist von ihrem ursprünglichen Vorhaben offenbar abgerückt, und meine Frage ist: Was spricht gegen eine Wiederaufnahme einer solchen Vorschrift über die vollzugsexterne Behandlung psychisch erkrankter Gefangener in den aktuell beratenden Gesetzentwurf?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau Oehlich, wir hatten das Thema der psychischen Behandlung mehrfach im Rechtsausschuss dargestellt. Zunächst erst mal ist festzustellen, dass natürlich grundsätzlich für alle Gefangenen und Untergebrachten in den Justizvollzugsanstalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein Anspruch auf die notwendige medizinische Leistung unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung der allgemeinen Standards der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgt. Das hatten wir dargestellt. Das ist

beispielsweise auch in Paragraf 67 Jugendstrafvollzugsgesetz, auch in dem Gesetzentwurf enthalten.

Die ärztliche und damit auch psychiatrische Versorgung wird durch unterschiedliche Honorarärztinnen und Honorarärzte sichergestellt. In jeder Anstalt gibt es also eine psychiatrische ambulante Versorgung, unterstützt durch die Möglichkeiten der Telemedizin. Bei hochgradig auffälligen, über die Sie ja gerade sprechen, Gefangenen, zum Beispiel mit Psychosen, gelingt in Einzelfällen die Unterbringung in eine der drei Maßregelkliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Zu der Frage der Beleihung von öffentlich-rechtlichen beziehungsweise privatrechtlichen Krankenhäusern hatten wir mehrfach im Rechtsausschuss dargestellt, dass hier gerade auch noch die Gespräche zur Finanzierung und zur Umsetzung mit dem Sozialministerium und mit dem Finanzministerium laufen und wir aktuell diese Ermächtigungsgrundlage aufgrund dieser Gespräche, die noch da sind, einfach noch nicht mit aufgenommen haben.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gerne, Frau Präsidentin!

Wenn jetzt aus Sicht der Landesregierung Kostengründe gegen eine Wiederaufnahme der Vorschrift in den Gesetzentwurf sprechen, wie stehen Sie zu der Argumentation von Dünkel und Harrendorf, dass sich aus den Regelungen über die vollzugsexterne Behandlung psychisch erkrankter Gefangener eigentlich keinerlei Zusatzkosten für den Vollzug ergeben, da eben ohnehin der Vollzug zu einer umfassenden medizinischen Versorgung verpflichtet ist?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Das hätten wir alles im Rechtsausschuss bei der Auswertung der Anhörung gerne besprechen können beim letzten Mal. Da waren Sie leider nicht vorhanden. Wir hatten das besprochen, da waren Sie nicht da, im Rechtsausschuss. Natürlich sind die ambulante und stationäre Versorgung sichergestellt und – noch mal – die Gespräche aktuell laufen, um genau das, was Sie dann auch ansprechen, umzusetzen. – Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Frau Oehrich, Sie können gleich stehen bleiben.

Ich rufe nämlich jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen und Digitalisierung und dazu bitte ich die Abgeordnete Constanze Oehrich, die Frage zum **Thema Nummer 3** zu stellen.

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Minister!

Nur kurz zu der Antwort der Ministerin eben: Man darf auch mal sich aus Krankheitsgründen entschuldigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Oehrich, ...

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deswegen ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... das ist ...

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... war ich ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... sicherlich schön, ...

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... in der letzten Rechtsausschusssitzung nicht da.

Präsidentin Birgit Hesse: ... dass Sie das jetzt ...

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das ist nicht fair.

Präsidentin Birgit Hesse: ... rechtfertigen, ...

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht fair.

Präsidentin Birgit Hesse: ... aber das ist jetzt nicht der Punkt der Fragestunde.

Ich würde Sie bitten, die Frage zu stellen an den Finanzminister.

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, danke schön, Frau Präsidentin!

Herr Minister, gestern haben Sie ja hier den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2026, 2027 und 2028 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag eingebracht. Darin werden die Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst, für die Besoldung und Versorgung der Beamt/-innen übernommen. Interessant ist, was in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten ist. Nicht enthalten ist eine Anpassung der Rechtsvorschriften unseres Landes an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über die amtsangemessene Alimentation der Beamt/-innen.

In dem Gesetzentwurf heißt es dazu, ich zitiere: „Die laufende Auswertung lässt bereits jetzt einen sich aus der neuen Entscheidung ergebenden Handlungsbedarf erkennen. Allerdings konnten die umfassenden Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden.“ Und so ähnlich haben Sie sich ja gestern hier im Plenum geäußert.

Der Richterbund unseres Landes hat dieses Vorgehen scharf kritisiert. Dadurch werde sehenden Auges eine verfassungswidrige Situation verstetigt. Allein die Übernahme des Tarifergebnisses reiche nicht aus, um eine verfassungsgemäße Alimentation der Beamt/-innen sicherzustellen.

Und ich frage die Landesregierung: Aus welchen Gründen wurde die amtsangemessene Alimentation von der Tarifübertragung entkoppelt?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe das, wie Sie gesagt haben, gestern schon in meiner Rede dargestellt, dass wir das in der kurzen Frist jetzt nicht schaffen, die Umsetzung, weil das Bundesverfassungsgericht in seiner Grundsatzentscheidung aus dem Jahr 2025 sehr stark abgewichen ist und ein ganz anderes Instrumentarium jetzt anwendet als in den beiden Grundsatzurteilen 2015 und 2020 davor.

Wir haben, nachdem wir 2020 das Grundsatzurteil hatten, bei dem es darum ging, dass die unterste Besoldungsgruppe mindestens 15 Prozent Abstand haben muss vom Bürgergeld, das mit viel Aufwand hergestellt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben über 200 Millionen im Jahr dafür ausgegeben, dass dieser Abstand gewährleistet ist. Und seit 2025 schaut das Verfassungsgericht nicht mehr auf diesen 15-Prozent-Abstand, sondern auf das Median-Äquivalenzeinkommen des jeweiligen Bundeslandes, der jeweiligen Region, das zurückgeguckt werden muss bis 1996, dann die Indizes verglichen werden müssen von Besoldungsindex, von Tariflohnindex, dass miteinander verglichen werden muss, je Besoldungsgruppe, je Entgeltgruppe, die Steigerungen der Jahresbruttowerte berücksichtigt werden müssen, dass die Referenzfamilie berechnet werden muss und dann berechnet werden muss, wie groß da der Unterschied ist.

Es soll mindestens die unterste Besoldungsgruppe 80 Prozent bekommen dieses Median-Äquivalenzeinkommens. Und offensichtlich haben Sie hier nichts verstanden, denn, ehrlich gesagt, für mich hört sich das auch sehr kompliziert an, wie das zu berechnen ist. Meine Leute sind da intensiv dabei. Wir haben da echt, das sind richtig Herausforderungen, das verfassungsfest dann auch umzusetzen. Das haben wir auch intensiv mit den Gewerkschaften und dem Richterbund diskutiert, warum das so komplex und aufwendig ist, und haben auch in Aussicht gestellt, dass wir weitere Gespräche, der Besoldungsdialog wird fortgeführt mit den Gewerkschaften, mit dem Richterbund. Ich habe die Landesrechnungshofpräsidentin dazugebeten, damit wir hier verfassungsfest eine Lösung erarbeiten. Das schaffen wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr, das habe ich gestern auch schon gesagt.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gerne, Frau Präsidentin!

Herr Minister, sowohl der Tarifabschluss als auch die Parameter des Bundesverfassungsgerichts für eine amtsangemessene Alimentation sind ja seit geraumer Zeit bekannt. Und dass eben ein anderer und ein konstruktiver Umgang möglich ist, zeigt Schleswig-Holstein. Dort wurden unter identischen zeitlichen Rahmenbedingungen bereits konkrete Lösungen erarbeitet und veröffentlicht. Inwiefern, inwieweit sind diese Lösungen auf Mecklenburg-Vorpommern übertragbar, und warum war das bei uns nicht möglich?

Minister Dr. Heiko Geue: Wir haben eine unterschiedliche Situation zu Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein ist seit vielen Jahren beklagt. Das sind wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Sie haben seit vielen Jahren rückwirkend die Klagesituation, dass die Besoldung als verfassungswidrig angesehen wird. Schleswig-Holstein wollte jetzt schnell das auch nach hinten regeln. Ich weiß aber von der Landesfinanzministerin, dass sie auch nach vorne sieht, dass damit noch nicht die Regelungen durchgestanden sind.

Um die Komplexität, um Ihnen das noch einmal zu sagen, warum das hier auch so schwierig ist, es geht hier nicht nur um die untersten Besoldungsgruppen, das wäre schon kompliziert genug, es geht um die ganze Besoldungstabelle drüber, es geht von A4 bis B10/B11, je nachdem, wie hoch es da in dem jeweiligen Bundesland oder im Bund geht. Und deswegen – das haben Sie vielleicht ja auch mitbekommen – hat die Bundesregierung schon das Problem gehabt, als sie gesagt haben, sie wollen das so und so umsetzen, dass für den Bundeskanzler 65.000 Euro im Jahr dazugekommen wären. Ich lege so etwas im Schnellschuss hier nicht vor. Das ist aus meiner Sicht das falsche Signal in einer Situation, in der es uns wirtschaftlich schlecht geht, dass die oberen Besoldungsgruppen bis zu den Ministern, bis zum Bundeskanzler sehr, sehr viel mehr Geld bekommen sollen, nur, weil die Tabelle auch verfassungswidrig wird. Wenn wir die zu sehr stauchen, dann ist es auch verfassungswidrig.

Und wir brauchen eine umsichtige Reform, die auch Fairness und Gerechtigkeit widerspiegelt. Und das werden wir uns jetzt anschauen, das haben wir besprochen mit den Gewerkschaften. Der Richterbund ist unzufrieden, das weiß ich, aber die Gewerkschaften verstehen das, dass wir uns das anschauen müssen, auch gucken müssen, wie wollen die anderen Bundesländer das jetzt regeln. Wir haben gerade die Bundeslösung, die wir uns anschauen, und wir werden uns vorbereiten jetzt noch in dieser Legislaturperiode, damit wir das schnell dann in der nächsten Legislaturperiode regeln können.

Alle Kolleginnen und Kollegen wissen, sie müssen nicht klagen, sie müssen keinen Widerspruch erheben. Ich habe schon für 2025 die haushaltsnahe Geltendmachung der Ansprüche aussetzen lassen, dass alle wissen, sie müssen da nicht klagen. Das gilt dann auch für 26. Das wissen auch Gewerkschaften und Richterbund. – Vielen Dank!

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 4** zu stellen.

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Jetzt haben wir auch ein Thema, was ein bisschen breiter gefasst ist, glaube ich, und Sie jetzt dummerweise in der Mitte stehen. Zum einen hatten wir halt die Bauwirtschaft, die vor Kurzem doch sehr eindringlich davor gewarnt hat, dass die Auftragsbücher leerlaufen und Überkapazitäten entstehen, das heißt also, die lechzen nach Aufträgen. Auf der anderen Seite haben wir im Dezember hier gerade eine Zielvereinbarung mit den Hochschulen abgeschlossen, die unter anderem auch Baumaßnahmen vorsehen, die bis 2030 abgeschlossen werden sollen.

Jetzt ist meine Frage – das ist mir zu Ohren gekommen –: Stimmt es, dass die Baumaßnahmen, die noch nicht begonnen wurden, an den Universitäten dieses Landes auf nach 2030 verschoben wurden?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe kein Problem damit, in der Mitte zu stehen, da fühle ich mich ganz wohl.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und zu den Bauleistungen: Sie haben vollkommen zu Recht gesagt, wir haben eine Bauwirtschaft, die nach Aufträgen lechzt, wir haben gestern darüber diskutiert, dass wir zu viel Bürokratie haben. Vielen Dank auch für Ihre Rede hier im Plenum, die mir gut gefallen hat! Wir müssen schneller werden in Deutschland, wir brauchen weniger Bürokratie. Wir haben es verlernt, auch Konjunkturpolitik über die Bauwirtschaft zu machen, mal schnell Aufträge wirksam werden zu lassen. Da müssen wir wieder mühsam hinkommen. Sie haben es ja gestern selber wertgeschätzt, wie mühsam das ist. Das war jetzt nicht in Richtung Bauwirtschaft gestern, aber es sind andere Maßnahmen, die wir voranbringen.

Also Punkt eins: Ja, wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, damit die Maßnahmen schneller auch umgesetzt werden können. Das gilt auch für den Hochschulbau.

Punkt zwei: Ich kann Sie beruhigen, wir werden nicht mit wichtigen, für die Universitäten, zum Beispiel der Universität Greifswald wichtigen – die haben uns auch konkret geschrieben –, wichtigen Maßnahmen erst in den 30er-Jahren beginnen. Wir sind im Dialog mit dem Wissenschaftsministerium, wir haben eine große Tabelle, und wir haben den großen Vorteil, dass wir – das habe ich ja immer gesagt –, wir reduzieren ja nicht unsere Investitionen nur, weil wir das Sondervermögen des Bundes dazubekommen, das werden wir heute ja auch noch diskutieren, sondern der Hochschulbaukorridor wird weiter fortgeführt, dieses Jahrzehnt 40 Millionen pro Jahr. Und ich habe eine Einigung mit der Wissenschaftsministerin, dass wir schon auch die 30er-Jahre mit in den Blick nehmen, weil viele Baumaßnahmen realistisch auch in die

30er-Jahre, wenn wir die jetzt beginnen in den 20ern, wenn sie groß sind, auch da mit reinreichen. Das berücksichtigen wir.

Wir haben aber 40 Millionen pro Jahr, das heißt bis 2030 200 Millionen. Da kommen aus dem Sondervermögen des Bundes – da haben wir uns ja geeinigt – noch mal 150 Millionen dazu. Das ist also fast eine Verdopplung. Und dann kommen sogar noch aus dem Wachstumsbooster des Bundes – haben wir uns ja entschieden – etwas mehr als 50 Millionen für den Hochschulbereich, 26 für den Kitabereich, also noch einmal 50. Wir haben damit 150 plus 50, eine Verdoppelung des Hochschulbaukorridors. Wir können also für dieses Jahrzehnt 400 Millionen verbauen statt 200 geplant.

Und wir haben jetzt allerdings die Situation, dass die Universitäten und Hochschulen sehr viel angemeldet haben, mehr als selbst diese 400, und wir müssen jetzt sehen, wie wir das sortieren, was bauorganisatorisch wann möglich ist und was finanziell wie möglich ist, und da sind wir gerade noch am Sortieren. Aber noch mal: Es wird keine für die Universitäten wichtigen Baumaßnahmen geben, die erst in den 30ern beginnen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Ja, würde ich schon ganz gerne.

Also nur, um das noch mal auf den Punkt zu bringen: Das heißt also, wenn also, prinzipiell Geld ist da, haben Sie gesagt, und wenn die Universitäten ihre Baumaßnahmen soweit durchgeplant haben, ich weiß auch, es hat ja auch entsprechende Stellen gerade wieder frisch besetzen können im Hochschulbau, das heißt, die Kapazitäten sind da, die Planungen, soweit ich informiert bin, sind bei den meisten Sachen weitestgehend abgeschlossen, das heißt also, dass – nahezu Ausschreibungsreife zumindest –, dass das, auch die Zielvereinbarung, die dieser Landtag beschlossen hat, auch eine entsprechende Priorität bekommt.

Minister Dr. Heiko Geue: Also, Herr Abgeordneter, die Zielvereinbarung ist ja beschlossen worden unter Haushaltsvorbehalt, und der gilt auch weiterhin. Aber noch

mal: Wenn die Universität Greifswald uns sagt, das Moor Centrum ist prioritär zu planen, dann ziehen wir das nach vorne. Und wenn die Universität Rostock sagt, was weiß ich, die Mathematik, dann muss das auch nach vorne gezogen werden. Und anderes fängt dann eben etwas später an.

Wir versuchen wirklich, sind gerade in der Planung, dass all die Dinge, die in den Zielvereinbarungen sind – und dann sind ja noch weitere Maßnahmen, wichtige große Maßnahmen dazugekommen –, dass wir die, dass wir das auch schaffen, dass die noch in den 20ern zumindest begonnen werden können. Eine ganze Reihe der Maßnahmen kann auch in den 20ern abgeschlossen werden, eine ganze Reihe wird bis in die 30er auch reichen, und manche werden auch erst Ende der 20er begonnen werden können.

Aber noch mal: Gerade, ich weiß, logischerweise haben Sie wahrscheinlich auch die Greifswalder Brille hier ein bisschen stärker auf, aber das gilt genauso für Rostock, Neubrandenburg und Wismar und andere. Wir sind im Dialog, Wissenschafts- und Finanzministerium, und wollen das so umsetzen, wie die Universitäten und Hochschulen selbst ihre Prioritäten setzen, und dann, wo immer es geht, so schnell wie möglich beginnen, weil – noch mal – wir wollen ja auch die Bauwirt... Ich möchte nicht, dass die Bauwirtschaft Kapazitäten abbaut, weil im Privatbereich nicht mehr gebaut wird – im Moment ganz, ganz problematische Situation. Und wir brauchen aber die Kapazitäten für den Hochschulbau, für das Sondervermögen des Bundes, ansonsten für die Bauten, die wir haben, und auch gerade für die Bundeswehrbauten. Also ich bin sehr, sehr hinterher, dass wir schneller werden und dass wir wirklich Aufträge in der Bauwirtschaft haben. Die wissen von mir, dass das kommt, aber es hilft nicht mehr, nur zu reden, wir brauchen die Aufträge konkret in der Bauwirtschaft. Da sind wir einer Meinung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Bevor ich den nächsten Geschäftsbereich aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Rostock. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag! Schön, dass Sie da sind!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit und bitte den Abgeordneten Wolfgang Waldmüller, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Da der Abgeordnete Herr Waldmüller derzeit nicht anwesend ist, ziehe ich den Abgeordneten Hannes Damm vor.

(Der Abgeordnete Wolfgang Waldmüller
betritt den Plenarsaal. –
allgemeine Heiterkeit)

Jetzt machen wir erst die Frage von Hannes Damm und dann die Frage von Herrn Waldmüller, wenn das okay ist?!

(Hannes Damm, fraktionslos: Mir ist es wurscht.)

Wir würden jetzt erst die Frage von Herrn Damm nehmen und dann Herrn Waldmüller.

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sie kennen mich ja, ich bin immer schnell.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Geht ja fix.

Ich befrage zum aktuellen Stand des Wasserstoffnetzes in MV und die Anbindung regionaler Unternehmen. Explizit vor zwei Jahren, im Sommer 24, hat der Netzbetreiber ONTRAS überraschend das Projekt für die Wasserstoffpipeline von Küste Richtung Süden abgeblasen. Viele Unternehmen, die in der Region die Errichtung von Wasserstoffelektrolysen planen, stehen daher erst mal ohne Netzanschluss da. Diese Wasserstofffabriken bedeuten aber Energiewende, Wertschöpfung vor Ort, Arbeitsplätze, finanzielle Teilhabe für unsere Bürger/-innen. In Güstrow ist sogar im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung in Kooperation mit den Stadtwerken eine Anbindung an die Fernwärme über Abwärmeeinspeisung geplant. Zugleich würde überschüssiger Solar- und Windstrom aus dem Netzengpass oder vor

dem Netzengpass verbraucht werden, was Redispatch- und Stromnetzausbaukosten senkt.

Die Landesregierung hatte nach eigener Aussage geplant, mit Eigenmitteln einen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz über Rostock, also nach Norden, für einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag zu ermöglichen. Ihr Vorgänger, Herr Minister Meyer, wurde im NDR wie folgt zitiert: „Wir führen gerade jede Menge Gespräche ..., um diese Projekte doch noch zu realisieren. Für die Elektrolyseur-Projekte ist ganz wichtig, dass die Anbindung kommt.“ Die Fördermittel würden nur bis Mitte 2028 gelten, bis dahin“ müssten die Projekte „auch angebunden sein.“ Und weiter: „Insofern haben wir großes Interesse ..., dass die Projekte kommen. Wasserstoff ist der Stoff der Zukunft, um Industrie anzusiedeln. Und das wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern.“ Zwei Jahre später gibt es dafür aber immer noch keine Anzeichen. Hier darf nicht passieren, was in Lubmin bereits zum Desaster geworden ist: ein reihenweises Sterben der Projekte wegen fehlender Planungssicherheit in unserem Bundesland.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie ist denn jetzt hier der Stand der Zusagen bezüglich der Anbindungspipeline, finanziert mit Bundesmitteln, an die Firmen, die planen, in der Region in Elektrolyse zu investieren?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, werter Herr Damm, herzlichen Dank für die Frage!

Und ich kann eigentlich das Statement von meinem Amtsvorgänger uneingeschränkt auch unterstreichen. Ich möchte aber jetzt als Gründe dafür, dass wir jetzt zwei Jahre später sind, auch noch mal anführen, dass wir generell beobachten, dass das Thema Wasserstoff eine gewisse Verlangsamung oder vielleicht auch eine etwas realistischere Sicht auf manche Umsetzungsschritte dann gewonnen hat insgesamt. Das betrifft technologische Aspekte, das betrifft Umsetzungsaspekte, das betrifft das ganze Thema der Kostensituation, das betrifft nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern die ganze Republik. Und da muss ich mal sagen, das Land hält daran fest und hält sehr stark daran mit seinen Möglichkeiten fest.

Wir haben ja vier Leitungsbestandteile, die da eine Rolle spielen. Das ist die Leitung, die von Lubmin in den Süden geht. Das ist die Verbindung Rostock–Wrangelsburg, wo dann der Energiehafen angebunden wird. Das ist noch etwas weiter weg dann auch die Ostsee-Pipeline, die ja dann bei uns anlandet. Und in der Tat ist es die Verbindung Rostock–Glasewitz. Und ich kann Ihnen versichern, wir sind da in guten Gesprächen. Ich hatte sogar vor, jetzt im März mir Güstrow auch noch mal mit dem Bürgermeister anzuschauen, das ist aus bekannten Gründen jetzt noch nicht zustande gekommen. Das ist jetzt nicht entscheidend dafür, weil das Bekenntnis ist da, aber wir müssen auch sagen, wir müssen das Ganze finanzieren, gut in das Gesamtkonzept einbetten.

Ich glaube, wir haben alle verfolgt, dass bezüglich des Sondervermögens es hier auch Absprachen gab, wie mit Energieprojekten/Infrastrukturprojekten umgegangen wird. Da sind wir nahezu auf der, sozusagen auf der Final-, auf der Endstrecke. Und ich hatte kürzlich auch ein Gespräch mit dem Präsidenten der IHK Rostock, der danach fragte, und in diesem Sinne habe ich gesagt, wir stehen zu dieser Pipeline. Und das Interesse, das Thema Wasserstoff voranzubringen, ist im Land und seitens der Landesregierung uneingeschränkt nicht nur hoch, sondern wir sind in der Umsetzung.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, fraktionslos: Ja, ganz unbedingt.

Sie haben jetzt gesagt, das Bekenntnis ist da, ich höre das auch von verschiedenen Wegen immer wieder mündlich, allerdings wäre meine Nachfrage jetzt: Gibt es denn irgendwelche schriftlichen Vereinbarungen vonseiten der Landesregierung beziehungsweise, weiß ich nicht, einen Letter of Intent oder Absichtserklärungen, die jetzt landesregierungsseitig noch auf Eis liegen, und, wenn ja, warum, die aber vielleicht von den Firmen schon gezeichnet wurden? Weil aus der Branche höre ich, dass die ansonsten demnächst auch aufgeben müssen.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Na ja, wir müssen beide Seiten betrachten. Wir müssen die Elektrolyseure betrachten, da war ja vorgestern auch hier ein Parlamentarischer Abend der Netzbetreiber, unter anderem mit einem, der nicht ganz unbekannt ist, der auch im Zusammenhang steht mit der besagten Pipeline, in gutem Austausch. Da gibt

es dann auch jeweils vor Ort unterschiedliche Interessenlagen, nicht, was den Wasserstoff anbetrifft, sondern man hat vielleicht andere Ansiedlungsanfragen, die da kompetitiv entgegenstehen. Und deshalb muss man sich das noch mal genau ansehen. Und wir sind auch im Austausch, was einen möglichen Betreiber – das ist hier sicher ein Punkt –, einen möglichen Betreiber anbetrifft. Da gibt es einen Entwurf für, und ich gehe davon aus, dass wir das dann auch zeitnah hinbekommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte nun den Abgeordneten Wolfgang Waldmüller, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen, Herr Minister!

Frau Präsidentin, tut mir leid, der kurze Fauxpas von mir. Ich habe das noch nicht auf dem Schirm gehabt.

Zur Frage oder ich will kurz einordnen, die EU-Verordnung zur Einrichtung der Plattform Strategischer Technologien für Europa, genannt STEP, zielt darauf ab, kritische Technologien und Bereiche, digitale Innovationen, umweltfreundliche Technologien und Biotechnologien zu fördern, und STEP unterstützt Investitionen zur Stärkung der industriellen Entwicklung und Wertschöpfungsketten, um strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern. Soweit zu dieser Verordnung als solches.

Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern beantragen regelmäßig Forschungsprojekte, jedoch werden aktuell innerhalb der laufenden Förderung keine neuen Projekte bewilligt. So bin ich unterrichtet worden. Dies wird auf Probleme bei der Umsetzung der STEP-Verordnung und – so wird es gesagt – auf Versäumnisse im Wirtschaftsministerium zurückgeführt. Es wird von einem nicht abrufbaren Fördervolumen von etwa 100 Millionen Euro berichtet, da eine Förderrichtlinie fehle.

Im Gegensatz dazu gibt es in Thüringen bereits Richtlinien zur Antragstellung, was dort Planungssicherheit bietet. Die Verzögerung in MV könnte zu einem Rückstau von

Forschungsprojekten führen und die Innovationsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe gefährden. Deswegen die Frage: Wie ist denn der aktuelle Stand der Umsetzung der STEP-Verordnung? Insbesondere interessiert mich natürlich dann die Erarbeitung. Ist die Erarbeitung einer Landesrichtlinie geplant und warum sind andere Bundesländer beispielsweise schneller bei der Erstellung konkreter Richtlinien zur Antragstellung?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete!

Werter Herr Waldmüller, mein Eindruck ist, dass 2024 Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr schnell war und eben darauf verzichtet hat, eine eigene Richtlinie zu erstellen, sondern das Ganze in den Themenkomplex EFRE eingeordnet hat. Das hatte gewisse Vorteile, dass man eine sogenannte n-plus-x-Regelung nutzen konnte, dass man Mittel, die nicht abgerufen waren, weil die Anträge möglicherweise noch nicht so weit waren, in die nächsten Jahre mitnehmen konnte. Das hat ja auch abrechnungstechnisch Vorteile, weil ein höherer Anteil der Mittel dann auch vorausgezahlt wurde, was man dann auch den Unternehmen zur Verfügung stellen kann.

STEP ist für das Land hochinteressant, auf der einen Seite hochinteressant, auf der anderen Seite auch ein bisschen schwierig, will ich mal sagen. Hochinteressant ist es, weil wir es auch für Großunternehmen nutzen können, und das ist der bedeutende Punkt. Wir haben ja doch diesen großen Unterschied an hochschulgetriebenen Start-up-Gründungen und -Kooperationen, aber auch Großunternehmen, die wir auch nach wie vor sehr wohlwollend begleiten. Die Ziele von STEP sind relativ anspruchsvoll: Digitalisierung, Umwelteffekte, Ressourceneffizienz, Biotech- und Verteidigungstechnologien. Und es wurde ins Programm einsortiert. Das Thema war aber, da sind wir ein wenig beim Thema Bürokratie, wir hatten dann 130 Millionen für diesen Zweck, das finden Sie auch im Haushalt eingeordnet.

Also in der Tat, es sind wirklich Größenordnungen. Und wenn wir jetzt aber schauen, viele kleine Unternehmen – die Anforderungen von STEP sind sehr hoch –, sie müssen hier wirklich fast schon eine Sprunginnovation haben. Sie müssen einen strategisch

wichtigen Markt für Europa bedienen. Diese Mittel waren, diese 130 Millionen waren durch die Meldung an die EU, die auch im Beirat beschlossen wurden, im Haushalt drin sind, gesperrt. Das führte jetzt zu notwendigen Absprachen, würde ich mal sagen, am Ende des letzten Jahres. Das ist geregelt worden. Die Kolleginnen und Kollegen sind da sehr kreativ. Wir sind handlungsfähig, kann ich dazu sagen.

Der Betrag der 130 Millionen ist jetzt auch angemeldet, dass wir den reduzieren auf einen angemessenen Betrag, wo wir dann wirklich sagen, wir können diese hohen Anforderungen der EU auch erfüllen, nämlich diesen hohen Innovationsgrad und die strategische Bedeutung.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?
(Zustimmung)

Bitte!

Wolfgang Waldmüller, CDU: Gerne.

Herr Minister, ich habe das so verstanden, dass sie auf eine eigene Richtlinie sozusagen verzichtet. Der Vorwurf war ja gewesen, dass es derzeit Verzögerungen bei der Bewilligung der Projekte gegeben hat. Jetzt haben Sie gerade gesagt, es ist geregelt, sie sind handlungsfähig. Kann ich jetzt davon ausgehen, dass aktuell keinerlei Verzögerung bei der Fördermittelbeantragung bei diesem Projekt besteht? Wenn nicht, was tun Sie noch?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Nein, wir haben – das müssen wir schon auch sagen – einen hohen Verwaltungsaufwand, auch durch die STEP-Verordnung. Ich habe mir mal die Prioritäten, nein, die Kriterienlisten angeschaut. Das ist ein Punkt, den wir da noch beschleunigen müssen. Also wir gehen die Projekte jetzt durch und müssen natürlich und wollen natürlich auch abwägen, welche Programme nehmen wir hier in STEP hinein. Ansonsten haben wir jetzt eine Regelung. Wir werden, wir sind hier in der Abarbeitung, und das Thema wird am Ende sein, wir brauchen jetzt auch noch die Zusage der EU zu dieser Reduktion der 130 auf den jetzt geringeren Betrag.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Zwei/drei Jahre!)

Nee! Nee, nee!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt und bitte den Innenminister, in Vertretung die Fragen zu beantworten.

Ich bitte die Abgeordnete Petra Federau, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

Petra Federau, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Meine Frage bezieht sich auf erneute Lärmbelastigungen im Hafen Sassnitz-Mukran. Vom 17. bis 19. April soll es laut Berichten von Anwohnern des Hafens Sassnitz-Mukran erneut zu erheblichen Lärmbelastigungen gekommen sein, die nach Angaben der Betroffenen auf das LNG-Terminal zurückzuführen sind. Nach von Anwohnern durchgeführten Messungen wurde dabei ein dauerhaft erhöhter Geräuschpegel, insbesondere auch in der Nacht, über 40 Dezibel festgestellt.

Dazu meine Frage: Sind der Landesregierung dieser und weitere Sachverhalte bekannt und kann die Landesregierung auf eigene Messdaten zurückgreifen, die diese Angaben bestätigen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das, was die Kolleginnen und Kollegen mir hier in die Hand geben – ich darf den Umweltministerkollegen entschuldigen, er ist auf der Umweltministerkonferenz –, ist, dass wir im Jahr 2024 allein zwischen September und Dezember zunächst 46 Beschwerden hatten. Weil Sie fragen, kennen wir Beschwerden, ja, 2025 ist es zurückgegangen, dann waren es im gesamten Jahr 31 Beschwerden. Aber in der Tat, bis April 2026 waren es erneut 14. Da mögen Ihre mit drin sein. Es gibt, soweit ich es überschaue, für diesen Zeitraum

keine eigenen Messdaten. Der Betreiber selbst ist mit den entsprechenden Genehmigungen gehalten, eigene Messstellen aufrechtzuerhalten.

Was die Kolleginnen und Kollegen des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt tun, ist häufig, mithilfe externer oder des LUNG, einer anderen Landesbehörde, eigene Messungen durchzuführen, was ein bisschen schwierig wird, wenn es sich um kurze, punktuelle Störungsfaktoren gehandelt hat. Sie können, wenn Sie später mit Messfahrzeugen anrücken, immer nur den Zustand feststellen, der dann noch besteht. Also kurze fluktuierende Geräuschpegel sind von daher für die Kolleginnen und Kollegen nachträglich schwer messbar, weil sie eben dann im Zweifel nicht mehr bestehen.

Und zweitens, die Kolleginnen und Kollegen weisen mich extra darauf hin, und das teile ich hier auch gerne mit, dass sie sich grundsätzlich nicht ausschließlich auf einzelne Passagen des Hafens beziehen, sondern auf das gesamte Hafengeschehen, weil natürlich sehr unterschiedliche Schiffe und Industrieprozesse im gesamten Hafengelände stattfinden.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Ja, sehr gern.

Wenn man aber weiß, dass eben aufgrund dieser, wie Sie auch gerade beschrieben haben, dass, wenn man dann anrückt, wenn Beschwerden da sind und dann eben vielleicht gerade zu dem Zeitpunkt keine Messdaten in der Form mehr da sind, plant die Landesregierung, insbesondere StALU und LUNG, da jetzt vielleicht permanent doch irgendwo Messgeräte zu installieren, um eben wirklich vorbereitet zu sein und dann eben auch die, ich sage mal, die Bedürfnisse der Anwohner dort ernst zu nehmen – ich will nicht unterstellen, dass sie nicht ernst genommen werden –, aber dass man dem wirklich nachgehen kann und da dann auch wirklich mal Abhilfe schaffen kann?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich verstehe die Hinweise der Kolleginnen und Kollegen, die sich auf über acht Seiten ziehen, erstens dahin gehend, dass sie wissen,

dass sie immer mal den Eindruck erwecken, sie würden das nicht ernst nehmen. Das weise ich ganz ausdrücklich zurück und sage, wir gehen mit relativ umfänglichen Messungen immer wieder in die Situation hinein.

Zweitens, dass sie auch an verschiedensten Punkten – die Beschwerden oder die Beschwerneisse, die geäußert werden, ziehen sich ja weit um den Hafen herum –, sie versuchen also an verschiedensten Stellen und Ecken auch in ständigen Prozessen nachzuvollziehen mit Messungen, ob entsprechende Lärmüberschreitungen dauerhaft vorliegen.

Ich habe die Hinweise so verstanden, dass ihnen standardisierte Messstellen nicht zur Verfügung stehen, sondern die sind mit Bescheid in diesem Fall dem LNG-Terminal aufgegeben, ob auch dem Hafen, losgelöst vom LNG-Terminal, kann ich dem Vermerk nicht entnehmen. Mein Eindruck wäre nicht, dass dort ständige Messstellen geplant sind, weil offenbar für gewisse Gerichtsverwertbarkeit wiederum sie Begleitungen durch Personal brauchen und gewisse Umfeldbestimmungen, die diejenigen, die messen, auch dokumentieren müssen.

Um ein Beispiel, was mir an die Hand gegeben ist, mit auf den Weg zu geben, scheint bei besonders starken Frosttemperaturen – kein Phänomen auf Rügen, sondern grundsätzlich bei Messungen – durch das Zufrieren sowohl des Wassers als auch der Oberflächen die Absorptionsfähigkeit abzunehmen. Zu gut Deutsch, der Schall dringt viel klarer zu Ihnen oder zu mir, weil eben nichts mehr unterwegs gedämmt wird, sodass winterliche Temperaturen, besonders starker Frost, wie wir ihn dieses Jahr im Februar gehabt haben, entsprechende Erhöhungen vornimmt. Das heißt, Sie brauchen immer jemanden, der offenbar bei der Messung auch im Zweifel dokumentiert, wenn Sie es hinterher gerichtsverwertbar haben wollen, um damit im Zweifel vorgehen zu können, um da jemanden zu haben, der genau dann die konkreten Messumstände im Zweifel dokumentiert und auch bezeugen kann. Ich entnehme dem Vermerk also keine Dauermessstelle, sondern weiterhin das sehr engagierte Vorgehen im Einzelfall, aber strukturiert im Einzelfall, um im Zweifel Überschreitungen der Messwerte nachgehen zu können.

Kollegen haben mir extra an die Hand gegeben, dass der ursprüngliche Ausgangsbescheid deutlich höhere zulässige Werte vorsah. Es muss aus dem März dieses Jahres also einen Genehmigungsbescheid geben vom 9. April, der noch einmal wieder abgemilderte Werte vorsieht, und zwar abgemildert aus Sicht der Emissionsbetroffenen. Also es sind strengere Werte künftig einzuhalten, als sie es in der Vergangenheit waren. Auch daraus resultiert offenbar, dass der Inhaber des LNG-Terminals mit entsprechenden Lärmemissionsminderungsmaßnahmen nach Überzeugung der Behörden heute geringere Emissionswerte einhalten können.

Ich hoffe, das hilft noch mal in der Gesamtsicht, das, was ich mitbekommen habe. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Martin Schmidt, die Frage zum **Thema Nummer 8** zu stellen.

Martin Schmidt, AfD: Schönen guten Morgen, Herr Minister!

Unser lieber Buckelwal Timmy beherrscht jetzt schon seit Wochen die Debatte in Deutschland, die Gazetten, die Titelseiten, und ich hätte mir wirklich heute gewünscht, dass Herr Backhaus hier ist. Und stattdessen zieht er einen Termin vor, wo er sich auch hätte von einem Staatssekretär vertreten lassen können,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

denn viele Abgeordnete hier haben Fragen. Viele Bürger da draußen haben viele, viele Fragen, was in den letzten Wochen so los war. Und gerade heute, wo auch ein Antrag auf der Tagesordnung steht, hier auch noch mal Fragen in der Fragestunde, da hätte man sich gewünscht, dass der Minister da ist ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schmidt, ich weise darauf hin, dass wir in der Fragestunde sind! Es steht Ihnen ...

Martin Schmidt, AfD: Und meine Frage ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schmidt, jetzt habe ich das Wort, und ich weise darauf hin, dass es Ihnen nicht zusteht, darüber zu bewerten und zu urteilen, wenn ein Minister heute nicht anwesend ist. Er ist entschuldigt worden, im Ältestenrat entschuldigt worden. Das ist ein Entschuldigungsgrund, wenn jemand auf einer Konferenz ist, auf einer Ministerkonferenz. Insofern ist das sehr unparlamentarisch, was Sie gerade gemacht haben, und ich weise das auch zurück.

Unterhalten Sie sich bitte mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer über das Verfahren!

(Julian Barlen, SPD: Da vorne sitzt er. –
Thore Stein, AfD: Hören Sie auf, mit dem
Finger auf mich zu zeigen! Es wäre
schön, wenn er nun mal dabei ist.)

Einen Moment, ich habe jetzt das Wort!

Unterhalten Sie sich bitte mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer darüber, der Ihnen das auch bestätigen kann, was ich gerade eben ausgeführt habe! Insofern gehe ich davon aus, dass Sie jetzt Ihre Frage zu dem Buckelwal Timmy stellen.

Martin Schmidt, AfD: Genau!

Herr Minister Backhaus hat nämlich medienwirksam in den letzten Wochen mehrfach bekräftigt, dass er ein Denkmal für den Buckelwal Willi,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Timmy bauen möchte, und da ist meine Frage, inwiefern auch der Minister jetzt das hier beantworten kann: Wie ist der Stand der Planung dort, welche Kosten wurden bisher im Kabinett diskutiert, mit welcher Kommune wurde gesprochen? Können Sie mir das beantworten in Vertretung für Herrn Minister Backhaus?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst, ich hatte es bei der Frau Abgeordneten nur zwischen den Zeilen gemacht, da bitte ich um Nachsicht, ich darf den Kollegen entschuldigen. Er ist auf der Umweltministerkonferenz und ist im Übrigen sowohl für die SPD-Umweltministerinnen und -minister der sogenannte A-Sprecher.

Das heißt, er hat nicht nur die eigene Funktion, sondern auch eine koordinierende und hat insbesondere die Themen des marinen Bereiches, resultierend in Teilen aus den Erfahrungen um den Buckelwal, der bei uns gestrandet ist, herum mit in die Konferenz genommen. Er wird also gerade auch deshalb dort persönlich tätig, weil er die Themen kennt, die sich ergeben haben. Unter anderem die Frage, schaffen wir in der Ostsee, in der Nordsee Bedingungen, die im Zweifel dazu führen, dass Tiere zum Beispiel Netze schlucken und auf die Art und Weise dann bei ihrer Ernährung und Gesundheit beeinträchtigt werden, er nimmt gerade diese Themen auch mit und beackert sie dort konkret. Von daher ist es, glaube ich, klug und richtig, dass er sich bei der Umweltministerkonferenz eben nicht hat vertreten lassen, sondern selbst mit den Eindrücken dort hinfährt.

Zweitens die Frage nach einem möglichen Denkmal: Sie werden mir nachsehen, dass ich den Buckelwal weiterhin mit seiner Tierbezeichnung nehme. Ich freue mich über alle, die ihm Namen gegeben haben. Mir hat er seinen Namen nicht verraten, deswegen würde ich gerne bei der objektivierten Formulierung bleiben.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

In der Tat hat es vor Ort Überlegungen gegeben,

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU –
Glocke der Präsidentin)

ob man daraus auch ein Denkmal werden lassen könnte. Konkreter als die eigentliche Idee ist es, nach allem, was mir Herr Backhaus mit auf den Weg gegeben hat, bislang nicht. Da wird man jetzt im Nachgang insbesondere mit der Gemeinde vor Ort, die es ja wollen müsste, da wird man überlegen müssen, ob man gemeinsam genau so einen Weg beschreitet. Es gibt also – Sie wissen ja auch, die Ereignisse sind gerade erst abgelöst –, es gibt also bisher keine konkreten Planungen, erst recht keine Kosten, die da dranhängen. Die Idee ist lediglich gewesen, und zwar von verschiedenen Beteiligten, die in dieses längere Geschehen eingebunden waren, engagiert eingebunden waren, eine Gestalt oder die Gestalt des Buckelwals als Figur einem Künstlerwettbewerb anheimzugeben und dann im Hafen von Kirchdorf gegebenenfalls in Erinnerung an dieses besondere Ereignis ein entsprechendes Denkmal aufzustellen. Konkretes ist aber hier bisher nicht diskutiert und festgelegt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schmidt, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Martin Schmidt, AfD: Ja, sehr gerne, denn der Buckelwal, ich nenne ihn mal Timmy, hatte ja auch das Problem mit den Netzen, was Sie auch angesprochen haben. Da wäre noch mal meine Nachfrage, inwiefern das Umweltministerium beispielsweise so eine Errichtung eines Denkmals priorisiert vor beispielsweise der Aufgabe, solche Geisternetze im Meer zu entfernen. Wie würden Sie das priorisieren?

Minister Christian Pegel: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass ein Ministerium glücklicherweise Fahrrad fahren und klingeln gleichzeitig kann. Wir können also mehr als eine Aufgabe gleichzeitig erledigen.

Im Übrigen noch einmal, das, was mit Geisternetzen zusammenhängt, ist in die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des Umweltministeriums in den letzten Jahren schon eingeflossen. Ich bin jetzt nicht tief genug drin. Da müssen im Zweifel die Kolleginnen und Kollegen ergänzend hinterher was dazu sagen. Ich erinnere mich, dass es bereits einmal ein Modellprojekt mit ein oder zwei Umweltorganisationen gegeben hatte, wo man genau versucht hat, einmal zu prüfen, lassen sich Geisternetze eigentlich identifizieren, und man versucht hat zu bergen und daraus Ableitungen zu treffen.

Meine Erinnerung wäre, das Schleswig-Holstein aktuell im Übrigen aus Sicht des Umweltministeriums Ähnliches tut. Also es hat auch da schon Prozesse gegeben. Aber es macht nur Sinn, wenn sie in einem europäischen Kontext gemeinsam denken und wenn sie wenigstens als Umweltministerkonferenz und mit dem Bundesumweltministerium gemeinsam agieren. Wir selbst werden dem Problem als Mecklenburg-Vorpommern nicht alleine Herr werden können.

Noch einmal, das Ministerium war da schon aktiv. Ich gehe aber auch davon aus, dass genau solche Fragestellungen jetzt Gegenstand heute oder morgen der Umweltministerkonferenz sein werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 9** zu stellen.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Hannes Damm, fraktionslos: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Minister, im Rahmen der Exkursion des Agrarausschusses letzte Woche haben wir erfahren, dass Bundesländer wie Brandenburg, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein die Nutzungscodes 585, 586, 587, Anwendung Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie und im Paludiverfahren, und 492 – sind auch alle in der Fragestellung im Thema gewesen – bereits erfolgreich 2025 im Agrarantrag implementiert haben und diese seit Jahren auch erfolgreich abgerufen werden, fehlen aber im Onlineportal Mecklenburg-Vorpommern für 2026 weiterhin. Dadurch wird die Förderung von Paludikulturen über die 1. Säule der GAP in MV über diese Nutzungscodes unmöglich. Die alternative Praxis in MV, derzeit zum Teil notgedrungen, die da zur Anwendung kommt, ist hoch riskant.

Eine Beantragung des klassischen Dauergrünlands bietet keine Rechtssicherheit, da Paludikulturen wie Schilf oder Rohrkolben definitorisch nicht unter den Grünlandbegriff fallen. Bei Vor-Ort-Kontrollen drohen den Landwirten dann aufgrund dieser botanischen Abweichung erhebliche Rechts- und Finanzrisiken durch Rückforderung der Förderung. Dass andere Bundesländer diese Nutzungscodes unter identischen EU-Rahmenrichtlinien anbieten, beweist, dass eine Umsetzung beihilferechtlich möglich ist. Durch das Fehlen dieser Möglichkeiten verzichtet MV aktiv auf EU-Mittel für den Klimaschutz und Wertschöpfung im Moor, benachteiligt also aus meiner Sicht unsere Landwirtschaft, die derlei Chancen ungenutzt lassen muss, im Bundesvergleich.

Und ich frage Sie in Vertretung für den Minister – entschuldigen Sie, dass es ein spezifisches Fachthema ist –: Warum werden die genannten Nutzungscodes in MV bisher nicht angeboten, und wird die Regierung das Antragsportal kurzfristig so ergänzen, dass eine rechtssichere Förderung von Paludikulturen über die 1. Säule ermöglicht wird, um den Zuschuss von EU-Geldern wie in anderen Bundesländern auch für unsere Landwirtschaft in der 1. Säule zu ermöglichen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich werde mein Bestes bemühen.

Der Vermerk, der mir an die Hand gegeben ist, lässt zumindest bei einem Nutzungscodes, den Sie angesprochen hatten, 492, mir als Allererstes den Hinweis an die Hand geben, dass der sich ausschließlich auf Dauergrünland bezieht. Der Nutzungscodes 492 sei aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen für Paludikultur nicht geeignet, weil er Dauergrünland und da etablierte lokale Praktiken wie Heidegrün oder Ähnliches protegieren würde, aber aus deren Sicht eher nicht zum Thema „Nass“, sage ich mal ein bisschen salopp, passen würde.

Bei den anderen Nutzungscodes geben mir die Kollegen an die Hand, dass Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von verschiedenen Stützungsregelungen, beispielsweise der Gemeinsamen

Agrarpolitik, in der Tat beihilfefähige Flächen unter diesen Nutzungscodes ermöglichen, aber es gibt dafür sehr strenge Bedingungen. Offenbar können Sie landwirtschaftliche Nutzflächen nur dann mit diesen Beihilfecodes abrechnungsfähig machen in der 1. Säule, wenn sie nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden und dann als beihilfefähige Hektarfläche für die Einkommensgrundstützung herangezogen werden können, aber ausdrücklich nicht mehr nutzen.

Und offenbar gehen die Kolleginnen und Kollegen davon aus, dass es einen Spagat gibt zwischen Paludikultur, die ja eine Nutzung wäre, unter Maßgabe dieser 1. Säule, dass nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden darf. Ich kann Ihnen nur wiedergeben, was die Kollegen mir mit auf den Weg gegeben haben.

Und die zweite Voraussetzung ist, bis 2008 wiederum, das ist offenbar das Jahr, das maßgeblich ist, muss noch landwirtschaftlich genutzt worden sein, scheint also etwas zu sein, was mehrere siebende Elemente als Tatbestandsvoraussetzung hat. Das heißt, ich muss 2008 tatsächlich noch aktiv genutzt haben und im Rahmen der Agrarförderung für Direktzahlungen eine Fläche angemeldet und festgestellt haben. Wenn das bis 2008 der Fall war, nur dann kann ich bei Nichtmehrnutzung aktuell offenbar über die Codes 584, 585, 886, 587 entsprechende Nutzungen vornehmen.

Im Antragsjahr 2025, das ist offenbar das Letzte, was die Kollegen hier in Bezug nehmen können, sind nur die Nutzungscodes 584 und 585 überhaupt beantragt worden mit knapp 430 Hektar, um daraus Einkommensgrundstützungen zu gewähren. Es scheint also relativ wenig Flächen zu geben, die darunter fallen. Und deshalb, weil das bei Paludikulturen den Kolleginnen und Kollegen durchaus am Herzen liegt, haben sie offenbar aus der 2. Säule, aus der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für die moorschonende Stauhaltung sowie für den Anbau von Paludikulturen 2023 ein eigenes Programm aufgelegt, für das damals offenbar aber keine Anträge gestellt worden sind oder nur wenige, die aber alle die Voraussetzungen nicht erfüllt haben. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, fraktionslos: Ja, sehr gerne.

Herr Minister, Sie haben jetzt ja erst mal ausgeführt, was die Herausforderungen sind, wenn man diese, wenn man diese Nutzungscodes bemühen möchte. Das beantwortet aber nicht die Frage, ob die Landesregierung plant, diese Nutzungscodes dennoch anzubieten, und jetzt bei dem, insbesondere bei dem 87-er, das ist ja explizit die Paludikultur, die da gefördert werden soll. Insofern muss es ja eine Nutzung ermöglichen, weil Paludikultur ja gerade die Nutzung ist.

Deswegen ist meine Nachfrage: Plant denn die Landesregierung, diese Nutzungscodes, die – in Klammern – in anderen Bundesländern ja erfolgreich dafür genutzt werden auch, überhaupt erst mal anzubieten? Die Nachfrage sei erst mal dahingestellt. Das Greifswald Moor Centrum bedeutet uns da, dass es sehr gut angenommen wird in anderen Bundesländern, dass sie das auch gelöst bekommen. Aber meine Frage ist erst mal: Wollen wir das denn anbieten und diese Möglichkeit prinzipiell schaffen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich entnehme den Hinweisen der Kollegen, weil sie mir extra unterstrichen haben, dass nur landwirtschaftliche Nutzflächen, die nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, und es dann in einen gewissen Gegensatz zur Paludikultur stellen, dass die Kolleginnen und Kollegen davon ausgehen, dass es einen aus ihrer Sicht nicht überbrückbaren Gegensatz gäbe.

Mehr kann ich Ihnen nicht an die Hand geben als das, was mir mit auf den Weg gegeben ist. Und ich schliesse daraus, dass die Kolleginnen und Kollegen extra in der 2. Säule, also einem anderen Finanzierungsinstrument, aus der gleichen Geldquelle ein eigenes Programm geschaffen haben, offenbar ihrerseits davon ausgehen, dass es mit den standardisierten – das ist ja die Idee der Nutzungscodes –, mit den standardisierten Beihilfemöglichkeiten der 1. Säule, also der anderen Säule, nicht geht. Das ist das, was ich Ihnen aus dem Vermerk herauslesen und mitgeben kann. Noch mal, das „nicht mehr landwirtschaftlich genutzt“ haben sie mir extra unterstrichen

und dann darauf verwiesen, dass sie deswegen ein in der 2. Säule angesiedeltes eigenes Landesprogramm haben.

Alles andere bin ich, offen eingestanden, überfragt. Ich kann nicht in die Tiefe einsteigen, warum andere Bundesländer möglicherweise anders verfahren und ob da Voraussetzungen vorliegen, die mir die Kolleginnen und Kollegen jetzt nicht mitgegeben haben. Das ist mein Bemühen, mit dem Vermerk umzugehen. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt Herrn Damm, die Frage zum **Thema Nummer 10** zu stellen.

Hannes Damm, fraktionslos: Ja, ich bemühe mich, die Abwesenheit nicht zu kommentieren, aber es ist natürlich schade.

Die Auswirkungen des EU-Verbrenner-Aus – das ist die nächste Frage – auf die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele, pardon. Im Klimaverträglichkeitsgesetz der Landesregierung, da wurde ja verankert, 2045 klimaneutral in MV zu werden. Die entsprechenden weiteren Gesetzesvorschriften, die da verankert worden sind, berücksichtigen nach eigener Aussage der Landesregierung die auf europäischer und Bundesebene bestehenden Regelungen ergänzend, wo nötig mit landesspezifischen Regeln nachgebessert.

Die Beratung zur Gesetzesanhörung hat ergeben, dass im Landesgesetz auf die Vorgaben im Verkehrssektor weitestgehend verzichtet worden ist, also die landeseigenen, da man sich auf das EU-Verbrenner-Aus 2035 gestützt hat, um die nötigen Emissionsreduktionen in MV auch zu erreichen. Mit dem Beschluss der EU-Kommission aus Dezember 2025 wurde das Verbrenner-Aus nun jedoch nach einer Intervention der CDU-SPD-Regierung im Bund gekippt.

Meine Frage dann lautet an die Landesregierung folglich: Wie werden die Klimaziele MVs im Verkehrssektor unter dieser neuen Lage nun rechtlich abgesichert

beziehungsweise ist eine Aufnahme zusätzlicher Regeln in das Landesgesetz nun geplant und, wenn nein, warum nicht?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Kolleginnen und Kollegen haben zunächst mir extra mit auf den Weg gegeben, dass nun kein komplettes Verbrenner-Aus drinstünde, sondern weiterhin eine 90-Prozent-CO₂-Ausstoß-Reduktion im Vergleich zu 2031 bei Neuwagen der jeweiligen Flotten 2035 vorliegen muss. Wir gehen davon aus, dass auch das weiterhin nur mit sehr, sehr intensiven Elektrifizierungen der Fahrzeugflotte möglich sein wird. Aber ja, 10 Prozent Emissionen scheinen abweichend künftig zugelassen zu sein, weil man offenbar die Verwendung von CO₂-armen in der Europäischen Union hergestellten Stahl abbilden können, um die Reduktionsziele trotzdem zu erreichen und durch E-Kraftstoffe und Biokraftstoffe erreicht werden können.

Das, was sie ins Gesetz aufnehmen, so verstehe ich den Hinweis der Kolleginnen und Kollegen, wird ergänzt durch einen entsprechenden Minderungspfad, der sich dann in einer entsprechenden Anlage findet, die fortzuschreiben ist. Sie sagen, natürlich stellen sie bei ihren Minderungszielen, die sie auch – so der Hinweis der Kollegen – für den Verkehrssektor in den Blick nehmen, stellen sie natürlich auf bundesrechtliche und europarechtliche Maßgaben ab, weil natürlich nur in dem Kontext, in dem ich Fahrzeuge überhaupt erlangen kann, hier auf Minderungsziele abgestellt werden kann.

Kolleginnen und Kollegen sagen für mich nachvollziehbar, dass zunächst die Wirkungen abgewartet werden müssen. Und dann wird man regelmäßig ohnehin den Plan fortschreiben müssen, weil sie vermutlich über die Jahre immer wieder feststellen werden, dass entweder äußere Bedingungen oder erwartete Zielerreichungen nicht eintreten und man in dem Fall über die Fortschreibungen dann im Zweifel nachsteuern müsste, wenn sich durch äußere Bedingungen nicht die erwarteten Effekte ergeben.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, fraktionslos: Ja.

Ehrlich gestanden überzeugt es mich nicht zu sagen, wir machen keine Regelung, weil es gibt Regelungen, dann fallen die Regelungen weg oder werden abgeschwächt, und man sagt, wir machen trotzdem keine Regelung und warten erst mal ab. Aber in ein ähnliches, in eine ähnliche Richtung geht es mit dem Heizungsgesetz. Seit gestern liegt ja der Entwurf vor. Die Bundesregierung aus CDU und SPD hat beschlossen, die 65-Prozent-Erneuerbare-Energien-Quote für die Heizung abzuschaffen und um 55 Prozent auf die 10-Prozent-Grüngasquote zu senken. Im Wärmesektor ist im Landesgesetz bisher auch aufgrund des Bundesgesetzes, des alten, keine Regelung getroffen, analog wie im Verkehrssektor. Die 65 Prozent allerdings sind nötig, um die Ziele laut der Sektorzielstudie der Landesregierung zu erreichen.

Meine Nachfrage lautet deswegen analog: Ist es folglich geplant, dass es jetzt eine neue Landesregelung geben wird, und, wenn nein, wie sollen die Klimaziele in dem Wärmesektor sonst erreicht werden?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bemühe mich trotzdem, obwohl es vom Brenner-Aus jetzt ein bisschen weggeht. Wir kündigen Fragen ja vorher an, das machen wir schon thematisch sehr grob, mit Verbrenner-Aus ist die Heizung jetzt nur noch sehr begrenzt zusammenzubringen. Ich will aber trotzdem gern noch mal an die Hand geben, dass das Land sich bei Flotten- und Fahrzeugproduktionsstrecken überhaupt keine Regelung zutrauen mag. Es macht ja überhaupt keinen Sinn, wenn wir hier glauben, dass wir eine europäische Fahrzeugindustrie, um dabei zu bleiben, in irgendeiner Weise determinieren.

Zweitens. Das Gleiche gilt für den Heizungsbereich. Wir werden sicherlich keine ergänzenden Regelungen zu einem Bundesgesetz erlassen können, die darüber

hinausgehen, sondern wir werden uns Ziele vornehmen. Wir haben hier, glaube ich, eine Situation, die sich deutlich von vielen anderen Bundesländern unterscheidet, unterscheidet sich insgesamt, weil sie in der Regel sehr großflächige Vermieter haben, mit denen sie, wenn sie über Wärme in Gebäuden sprechen, über Versorgung von Gebäuden sprechen, in Interaktion treten können. Das Gebäudeenergiegesetz schaut ja auf die gesamte Republik. Sie haben hier in der Regel große Fernwärmenetze, selbst in den kleineren Städten, ...

Hannes Damm, fraktionslos: Kaum, kaum.

Minister Christian Pegel: ... sodass Sie deutlich stärker fokussiert mit Beteiligten sprechen können, mit denen Sie am Ende Erzeugungsanlagen umstellen müssen, um die Ziele zu erreichen.

Von daher werden wir, glaube ich, eine Hauptherausforderung haben, ob die das Landesgesetz abbilden kann oder nicht, deutlich stärker das Wärmeplanungsgesetz über das EEG abbilden muss, wie man mit Stadtwerken und mit Fernwärmearbietenden dann entsprechend in Dialog tritt, um dort die Umstellungspläne im Blick zu behalten, weil sie damit große Teile, zumindest die größeren Teile des Wohnungsbestandes gezielter erreichen, als es westdeutsche Bundesländer mit zum Teil Hunderten von Vermietern in einem Stadtteil können. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung und bitte die Abgeordnete Jutta Wegner, die Frage zum **Thema Nummer 11** zu stellen, und weise darauf hin, dass das die letzte Frage sein wird, die wir in dieser Fragestunde schaffen.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin, und guten Morgen in die Runde!

Wir sehen ja im Moment ein Volksbegehren Kita, das unter anderem einen Stufenplan oder im Wesentlichen einen Stufenplan fordert, um die Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten des Landes zu verbessern. Das ist kein neues Thema. Wir haben bereits 2024, im Frühjahr 2024 eine Volksinitiative hier im Landtag beraten, zu dem wir einen Entschließungsantrag der Regierungskoalition hatten, in dem genau das ja auch von der Landesregierung gefordert wurde, ein Stufenplan, der später im Rahmen von Verhandlungen, die im Bildungsministerium geführt wurden, auch mit dem Namen „Perspektivplan“ diskutiert wurde. Das war Anfang dieses Jahres. Wir haben jetzt im Rahmen des Forums „Gute Kita“ so dem Vernehmen nach aus der Lenkungsgruppe die Aufnahme eines Stufenplans in die aktuelle Vorlage des KiföG empfohlen bekommen.

Die Ministerpräsidentin sprach gestern wieder von einem Perspektivplan. Das ist ganz schön viel an Plan, was im Raum steht. Aber es gibt bis heute keinen verbindlichen Plan, über den wir hier im Landtag beraten können. Und deshalb meine Frage an Sie: Gibt es aktuell Pläne, kurzfristig in dieser Legislaturperiode dem Landtag noch einen Stufenplan oder Perspektivplan oder wie immer Sie das nennen wollen, auf jeden Fall eine Perspektive, wie wir die Betreuungssituation in den Kitas verbessern können, vorzulegen?

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Frau Wegner, ja!

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete ...

Ministerin Simone Oldenburg: Es ist so, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Ach so, Entschuldigung!

Ministerin Simone Oldenburg: ... wir haben es ja gestern ausführlich diskutiert, Sie sagen ja nun selber, es waren sehr viele Pläne, und fordern aber einen Plan. Aber es ist ja richtig, jeder Mensch braucht eine Perspektive, und deswegen wurde es ja gestern auch sehr breit diskutiert. Die Ministerpräsidentin hat auch ausführlich dazu

Stellung genommen. Und es hängt ja nicht alleine von der Landesregierung ab, sondern von der Kommunikation mit allen Beteiligten. Und da sind wir in sehr guten und intensiven Austauschformaten und hoffen, dass wir das alles noch hinbekommen, denn wir arbeiten ja als Landesregierung bis zum letzten Tag der Legislaturperiode.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Selbstverständlich, sehr gern.

Wir haben ja auch gestern schon intensiv über dieses Thema beraten und haben darüber auch, glaube ich, sehr deutlich gemacht, dass der Landtag ein hohes Interesse hat, an dieser Diskussion beteiligt zu werden, in bestehende Planungen, den Landtag in diese Beratungen im Rahmen eines Runden Tisches oder wie auch immer einzubinden.

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Frau Wegner, wir sind jetzt in den Verhandlungen, wir sind jetzt in den Beratungen und denken, dass wir das mit allen Beteiligten sehr gut auf den Weg bekommen, und werden dann sicherlich, im Rahmen welcher Möglichkeiten auch immer, im Landtag darüber Auskunft geben und in dem Moment es ja zur Diskussion stellen, und damit werden wir ja den Landtag mit einbeziehen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Gemäß Paragraf 65 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung – und Sie wissen, was jetzt kommt – ist die Dauer der Befragung der Landesregierung auf eine Stunde begrenzt. Vor diesem Hintergrund bitte ich alle Abgeordneten, die ihre Frage nicht mehr stellen konnten, diese heute bis 12:00 Uhr ausformuliert im Parlamentssekretariat

einzureichen. Die Landesregierung wird gebeten, diese spätestens bis zum 20. Mai 2026 zu beantworten.

Damit sind wir am Ende der heutigen Befragung der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der AfD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 8/6538 zum Thema „Energieinfrastruktur Vorpommerns für Deutschland erhalten – Zukunft des Kraftwerks Lubmin sichern“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach dem Tagesordnungspunkt 22 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Demografische Rendite konsequent nutzen – Qualität in der frühkindlichen Bildung stärken, auf Drucksache 8/6477. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6540 vor.

Antrag der Fraktion der CDU

**Demografische Rendite konsequent nutzen –
Qualität in der frühkindlichen Bildung stärken
– Drucksache 8/6477 –**

Änderungsantrag der Fraktion

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 8/6540 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Torsten Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Überschrift können Sie es alle noch mal nachlesen: „Demografische Rendite konsequent nutzen“, ein Lösungsvorschlag, der seit Tagen von uns auf dem Tisch liegt, auch verschriftet. Die Ministerpräsidentin hat gestern einen 3-Punkte-Plan vorgestellt, dieser Punkt ist auch enthalten. Ich will da jetzt nicht streiten über die Urheberrechte. Fakt ist, unser Antrag liegt vor, wir sollten heute hier darüber debattieren.

Und der zweite Teil in dieser Überschrift lautet dann: „Qualität in der frühkindlichen Bildung stärken“. Das bedeutet also auch übersetzt nichts anderes – und das steht nachher auch im Beschlusstext drin –, als dass wir den ersten Schritt im Bereich Hort beziehungsweise in der Krippe gemeinsam gehen wollen.

Dieses Thema war gestern lang und breit ein politischer Schlagabtausch, so will ich das mal formulieren, der aus meiner Sicht aber dann trotzdem konstruktiv gelaufen ist. Und vielleicht erlaube ich mir dann auch an dieser Stelle die politische Feststellung,

das Volksbegehren wirkt, insbesondere natürlich bei SPD und Linken. Sie sind jetzt aktiv geworden. Mit den Linken, das nehme ich zurück, das wird sich erst noch zeigen,

(Zuruf von Grit Schmelzer, SPD)

aber die SPD ist aktiv geworden,

(Christine Klingohr, SPD: Seit Oktober.)

und es scheint Bewegung in die Situation zu kommen. Und dann sind die Linken auch wieder im Boot, nämlich bei der Fragestunde hat dann Frau Oldenburg ja angekündigt beziehungsweise wiederholt das, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, dass es in dieser Legislaturperiode eine Lösung noch geben wird. Das begrüßen wir außerordentlich.

Nur der Weg, das Verfahren, das ist noch etwas schleierhaft, auch immer wieder dieses großzügige Angebot, alle, alle machen doch mit. Alle sind immer alle, außer die Fraktionen im Landtag, die der Opposition angehören. Ansonsten machen alle mit und alle werden eingeladen. Aber die, die den Gesetzgeber darstellen, dieses Parlament, die sind zu 99,9 Prozent immer außen vor. Und obwohl wir es mehrmals angeboten haben, insbesondere bei diesem Thema immer wieder, und ich bleibe dabei, auch bis zum Ende der Legislaturperiode, wir als Opposition – ich kann jetzt nur für die CDU sprechen – strecken die Hand aus. Und ist eine Lösung, die umsetzbar ist, und zwar auch gesetzlich, auf gesetzlichem Weg – das ist nämlich die Verbindlichkeit –, dann werden wir im Landtag darüber debattieren. Und das ist eben das, was noch unklar ist.

Ich hatte mir heute Morgen mitgeschrieben, Frau Oldenburg hat auf die Frage der Kollegin Wegner gesagt, ja, der Landtag wird informiert. Also „informiert“! Sollte ich mich da verhöhrt haben, können Sie das gerne klarzurren und sagen, es gibt einen Gesetzentwurf und wir werden den debattieren und dann beschließen, aber nur „informieren“, das ist weder mitnehmen noch mitbestimmen. Das ist uns zu wenig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

Und trotzdem habe ich die Hoffnung, dass wir jetzt hier auf der Arbeitsebene im Landtag angekommen sind und auch die Koalitionäre, insbesondere auch die von der SPD, mit uns dann Lösungsvorschläge debattieren, die jetzt zumindest in den Raum gestellt worden sind, auch wenn sie noch nicht ausreichend untersetzt sind. Und trotzdem kann ich Ihnen nicht den Vorwurf ersparen, wenn ich eben sage oder feststelle, das Volksbegehren wirkt, dann hat das natürlich eine Ursache.

Und das war ein bisschen gestern so ein Fingerzeig immer in Richtung Opposition, als wenn wir mehr oder weniger für diesen Zustand verantwortlich sind beziehungsweise dass das Thema vom Himmel gefallen ist. Und das ist beileibe nicht so, ich will das nicht alles wiederholen, erst vielleicht in der Diskussion, wenn es dann noch mal nottut, weil wir als Opposition, insbesondere kann ich mich auch an die FDP erinnern, dass wir eine gemeinsame EntschlieÙung auf den Weg gebracht haben, hier zur Abstimmung im Parlament gestellt haben im Jahre 2024, dass die Landesregierung einen Stufenplan vorlegen soll. Sie selbst haben das einfach mal abgelehnt, obwohl in diesem Bereich ein Konsens mehr als möglich gewesen wäre, haben Ihren eigenen EntschlieÙungsantrag beschlossen, der bis heute nicht umgesetzt ist, in dem Sie nämlich die Landesregierung aufgefordert hatten, zum 31.12.24 etwas vorzulegen. Das ist jetzt nicht passiert.

Das Nächste, was mich zweifeln lässt, auch das will ich heute noch mal sagen, ist die Tatsache, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag nur die Verbesserung der Erzieher-Kind-Relation im Kindergarten von 1 : 14 definiert haben und sonst keine weiteren Maßnahmen. Insofern sind das, was Sie gestern getan haben, nur Ankündigungen und noch keine Taten. Und deswegen ist es richtig, dass wir heute hier darüber auch noch mal debattieren.

Und in unserem Ansatz ist immer – und das will ich auch noch mal deutlich sagen, weil auch da versuchen Sie uns das eine oder andere Mal immer wieder den Schwarzen Peter über die kommunale Ebene dann zuzuschieben –, unser Ansatz ist immer diese Thematik, dass bei der Einführung der beitragsfreien Kita alle, alle immer wieder

debattiert haben, insbesondere auch die Linken, dass die Beteiligungsquote des Landes, damals bei circa 54 Prozent, zu gering ist, dass da mindestens ein Aufwuchs von 2 Prozent erfolgen muss, um die kommunale Ebene zu entlasten. Und ich sage es auch noch mal ganz deutlich an dieser Stelle, die Entlastung der kommunalen Ebene ist nicht das KiföG, sondern eine aufgabengerechte Ausstattung über das Finanzausgleichsgesetz. Das sollten Sie in Ihrem Handeln dann auch nie vergessen.

Und deswegen wollen wir ganz konkret hier heute im Aufforderungsteil diese demografische Rendite zur Anwendung bringen und wir wollen ganz konkret hier einen ersten Schritt gehen mit 1 : 5 im Krippenbereich und 1 : 20 im Hortbereich. Und wenn ich Frau Pfeifer so anschau, dann sieht das schon mächtig nach Zustimmung aus, nachdem Sie ja der Fels in der Brandung waren beim letzten Mal. Gegen sämtliche Experten und gegen jeglichen Sachverstand haben Sie wie ein Fels in der Brandung gestanden und haben die 1 : 14 hier durchgekämpft, ich glaube mal, wider besseres Wissen, das ist manchmal so, aber jetzt haben Sie die Gelegenheit, das zu revidieren. Nachdem dieser Gesetzgeber, der Landtag, im Laufe der Jahre von 1 : 18 auf 1 : 14 sehr viele gute gemeinsame Schritte gegangen ist, können wir es einfach politisch nicht mehr hinnehmen, dass im Hort bei der heterogenen Situation, die wir dort auch vorfinden, immer noch 1 : 22 und im Krippenbereich 1 : 6 gilt.

Deswegen, glaube ich, ist dieser erste Schritt wichtig und richtig, heute dieses Signal zu senden. Wenn Sie der Auffassung sind, dass dieser Antrag, so, wie er formuliert ist, die Landesregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wenn Ihnen das zu wenig ist, dann bin ich gerne bereit, mich heute Nachmittag mit Ihnen gemeinsam hinzusetzen und für morgen früh einen Dringlichkeitsantrag zu schreiben, der genau diese Punkte gesetzlich fixiert. Das wäre, glaube ich, ein wichtiges Signal gegenüber der Volksinitiative, das Volksbegehren hier zu begleiten. Und vor allem würde es möglicherweise diese Rechtssicherheit schaffen, dass wir bis zum 20. September gemeinsam noch ein parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren durchlaufen können, was dann auch wirklich den Namen verträgt, und nicht – so, wie ich es gestern vermutet habe und auch mich bestärkt auch noch in der Medienberichterstattung –, dass insbesondere in den Reihen der SPD sehr viele überrascht waren über diese drei Vorschläge, die auf den Tisch gelegt worden sind.

Und wenn ich dann diese drei Vorschläge betrachte, ich will sie gerne begleiten, aber wenn dann ein Vorschlag – demografische Rendite, habe ich gesagt, das ist auch unser Vorschlag, es ist mehr oder weniger dann ja schon abgearbeitet –, aber wenn dann der zweite Vorschlag sozusagen schon ist, dass hier eine Bedarfsplanung aufgestellt werden soll, um dann diesen Perspektivplan umzusetzen, also da habe ich dann echte Zweifel. Ich habe mir jetzt tatsächlich mal die Bedarfspläne mal so stichpunktartig rausgeschrieben von den einzelnen Landkreisen. Rostock hat einen Bedarfsplan, also der Landkreis, bis 2027, dann Nordwestmecklenburg bis 2025, Rügen bis 2030, Vorpommern-Greifswald bis 2027. Und wer sich ein bisschen auskennt in der kommunalen Materie, der weiß, dass so ein umfangreiches Papier, was teilweise 100 Seiten beträgt, nicht einfach mal auf Zuruf die letzten fünf Minuten hier vorm 20. September auf den Weg gebracht wird.

Ich glaube, dieses Vorgehen ist mehr als infrage zu stellen. Nichtsdestotrotz arbeiten wir an einer gemeinsamen Lösung, und ich hoffe, dass in der Diskussion wir uns da schrittweise nach vorne bewegen, schrittweise ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ...

Torsten Renz, CDU: ... wie die Abrechnung ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... jetzt ist aber wirklich ...

Torsten Renz, CDU: ... der Betreuungsschlüssel. – Danke!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... schon weit überschritten.

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich

sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Bildungsministerin Simone Oldenburg.

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe bei Christine Klingohr, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Es gibt nichts daran zu rütteln, dass in der frühkindlichen Bildung dringend weitere Qualitätsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Und es ist ja nicht die Frage, ob wir Verbesserungen einleiten müssen, sondern die Fragen lauten: Wann wird welche Maßnahme mit welchem Personal in welchem Bereich der Kindertagesförderung und mit welchen finanziellen Mitteln eingeführt? Denn auch daran gibt es nichts zu rütteln, dass jede große und jede noch so kleine Maßnahme finanziert werden muss und auch mit dem notwendigen Personal umgesetzt werden muss. Und da ist es selbstverständlich, neben anderen weiteren und auch bereits umgesetzten Verbesserungen, dass die Senkung der Fachkraft-Kind-Relation von großer Bedeutung ist.

Wir werden mit allen, mit denen wir uns im Dialog befinden, weiter natürlich sprechen. Wir werden hier niemals einseitige Beschlüsse fassen, sondern es gibt einen Dialog. Und den Dialog gibt es nicht nur seit dem Forum „Gute Kita“, sondern den Dialog gibt es immer mit den Trägern, gibt es immer mit den Kommunen. Das ist also kein Monat im Jahr und kein Jahr in der Legislaturperiode, wo nicht alle Ministerien mit den jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern im Kontakt sind. Und so wird es auch bleiben. Und dort wird gemeinsam verhandelt mit den Verantwortungsträgern in der Kommune und bei den Trägern und nicht einseitig hier im Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und weil uns die Bildungspolitik sehr wichtig ist für die Kleinen und für die Großen, ist es auch ein klarer Schwerpunkt für die Landesregierung, im Bereich der Bildung und Kindertagesförderung zu investieren. Allein im Jahr 2026 sind erstmals in der Geschichte des Landes 2 Milliarden Euro für Schule und für die frühkindliche Bildung vorgesehen. Trotz angespannter Haushaltslage haben wir die Ausgaben für den Bildungsbereich deutlich erhöht. So haben Land und Kommunen im vergangenen Jahr gemeinsam fast 1 Milliarde für die Bildung, Betreuung und Förderung von Kindern in der Kita aufgewendet.

Und gern möchte ich an dieser Stelle nochmals erwähnen, dass die Beitragsfreiheit selbstverständlich einen Teil der Kosten ausmacht. Das sind circa 250 Millionen Euro, die diese dringend notwendige Entlastung für die Familien kostet. Und diese Unterstützung trägt allein das Land und keine Kommune und zum Glück auch keine Eltern. Und so wird es auch bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Gerade in der gegenwärtigen Krise, in der sich Deutschland auch befindet, wird ganz, ganz, ganz deutlich, dass durch die Beitragsfreiheit Eltern gerade jetzt in einer Zeit entlastet werden, in der die Kostensteigerungen in vielen Lebensbereichen durch die Decke gehen, denn insgesamt ist ein Anstieg des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat um mehr als 3 Prozent zu verzeichnen und gegenüber dem Jahr 2020 sogar um 22 Prozent. Deshalb ist es wichtig, dass wir unbedingt an der Beitragsfreiheit festhalten. So können sich die Familien in Mecklenburg-Vorpommern darauf verlassen, dass wir hier nicht mit irgendwelchen Kosten um die Ecke kommen.

Also: Keine Elternbeiträge und trotzdem Verbesserungen, das ist der Weg der rot-roten Landesregierung. Es wird weiterhin in Mecklenburg-Vorpommern keine Wartelisten geben. Bei uns hat jedes Kind seinen Platz. Auch werden wir keine Mittagsschließzeiten wie andere Bundesländer einführen.

(Christine Klingohr, SPD: Genau!)

Es wird bei uns keine Schließzeiten außerhalb der festgelegten Ferienzeiten geben. Und auch auf das Einführen von A- und B-Wochen verzichten wir, denn beispielsweise können die Eltern in Köln ihre Kinder nur alle 14 Tage in die Kita bringen, in der anderen Woche bleiben sie zu Hause oder bei den Großeltern oder bei Onkel und Tante oder bei den Nachbarn. Das ist für uns keine Politik im Sinne der Kinder.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind uns einig, dass eine Senkung der Fachkraft-Kind-Relation notwendig ist. Und der Antrag der CDU ist auch nicht utopisch. Und dennoch gilt es, die Haushaltslage nicht aus dem Blick zu verlieren. Alle Verbesserungen in der Kindertagesförderung sind in den vergangenen Jahren in Zeiten der Haushaltsüberschüsse eingeleitet und umgesetzt worden. Allein von 2016 bis 2019 waren es 1,2 Milliarden Euro an Überschüssen. Und trotzdem gab es in diesem Zeitraum in der Regierungsbeteiligung der CDU von der CDU keinen Antrag auf Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation,

(Torsten Koplín, Die Linke: Nein.)

sicherlich, weil Sie auch mindestens – und das halte ich Ihnen durchaus zugute – ein Auge auf die Finanzen des Landes hatten.

Wie dem auch sei, die Zeiten der Haushaltsüberschüsse sind vorbei, aber Verbesserungsbedarfe gibt es logischerweise weiterhin. Deshalb wundere ich mich über den Antrag der CDU, denn am 30.07.24 erklärte Daniel Peters, ich zitiere aus dem „Nordkurier“: „Durch die veränderten Förderbedingungen des Bundes wird die Beitragsfreiheit fürs Land demnächst erheblich teurer. Frau Schwesig muss erklären, ob die Beitragsfreiheit ... weiterhin gesichert ist und falls ja, wie hoch die Mehrkosten für das Land ausfallen.“ Ende des Zitats.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und einen Tag später setzte Sebastian Ehlers nach, indem er sich wie folgt gegenüber dem NDR äußerte, ich zitiere: „Im schlimmsten Fall kann es passieren, dass die beitragsfreie Kita vor dem Aus steht, also nicht mehr finanziert werden kann.“ Ende des Zitats.

Im Januar dieses Jahres äußerte sich nochmals Daniel Peters im „Nordkurier“, ich zitiere wiederholt:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

„Ich kann nicht versprechen, dass das“, also die Beitragsfreiheit, „in den nächsten vier“

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

bis „fünf Jahren ... finanzierbar ist.“ Ende des Zitats.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Auch hier mahnen Sie die Finanzierbarkeit der Beitragsfreiheit an, verlangen aber mit diesem Antrag im gleichen Atemzug eine enorme Kostensteigerung. Sie warnen vor den Kostensteigerungen einerseits und erhöhen die ausgegebenen oder zu verausgabenden Kosten andererseits mit den Forderungen, die Sie hier haben.

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Diese Diskrepanz, die müssen Sie ganz alleine mit sich klären.

Insgesamt, Ihre gesamte Politik in der Kindertagesförderung, die gleicht einem Irrweg, wenn man das mal die letzten zehn Jahre vergleicht.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Koplín, Die Linke)

Ich kann Ihnen hier ganz viele Zitate von Ihnen und von Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen vorlegen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wo Sie jeden Antrag auf eine Verbesserung in der Kindertagesförderung meiner Fraktion, als wir uns damals in der Opposition befanden,

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

mit Bausch,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

in Bausch und Bogen abgelehnt haben, mit Begründungen, die hanebüchen sind. Da können Sie sich freuen, dass wir hier insgesamt sachliche Diskussionen führen. Die haben Sie damals mit unseren Anträgen nicht geführt, Herr Renz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wenn das Geld nun nicht vom Land kommt, kostet alleine die 1 : 5 in der Krippe 300 Euro Elternbeiträge für die Eltern, die Krippenkinder haben. Das, das sind ...

(Torsten Renz, CDU: Wer sagt denn,
dass die Eltern zahlen sollen?)

Woher kommt denn das Geld? Haben Sie ...

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Sagen Sie, sagen Sie das! Wenn Sie die Quelle haben, her damit! Da sagen wir nicht Nein.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Das können Sie auch gerne in einen Antrag kippen, dem stimmen wir dann auch zu.

(Torsten Renz, CDU: Oha! –
Torsten Koplín, Die Linke: Vorsicht! Vorsicht! –
Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sehr geehrte Damen und Herren, was hätte nämlich der vorliegende Antrag der CDU für finanzielle Auswirkungen? Bei einer vollständigen Umsetzung dieses Vorschlags einer Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses in der Krippe auf 1 : 5 und Hort auf 1 : 20, die ich vollkommen inhaltlich mittrage,

(Torsten Renz, CDU: Aber?)

aber – kommen wir dazu, sagen Sie mir, woher soll das Geld kommen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ihr Antrag hat einzig und allein keine Finanzierungsquelle.

(Jeannine Rösler, Die Linke: Richtig!)

Und Sie sollten wissen, so lange, wie Sie regiert haben, dass jeder Antrag, der finanzrelevant ist, eine Finanzquelle zu enthalten hat. Eigentlich müssten wir hier gar nicht darüber diskutieren,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil Sie keinerlei Finanzquelle offenlegen, sondern einfach nur sagen, her mit der Kohle und wir machen da was draus. So funktioniert das nicht! Selbst Sie haben immer gesagt, es kann nur das ausgegeben werden, was auch eingenommen wird.

(Torsten Renz, CDU: Genau!)

Also da müssen Sie auch

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

sich dann ehrlich machen, Herr Renz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir würden, wir würden also bei der Absenkung, die ich vollkommen richtig finde, und bei der Erhöhung des Anteils des Landes insgesamt in den nächsten drei Jahren auf 155 bis 160 Millionen Euro kommen. Wie ich schon gesagt habe, Sie lassen offen, woher das Geld kommt. Das muss man aber sagen,

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

wenn man nicht will, dass den Menschen Sand in die Augen gestreut wird.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Ministerin?

Ministerin Simone Oldenburg: Nö, ich mache jetzt hier erst mal weiter,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD,
und Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

und dann können wir am Ende gerne uns, dann machen wir am Ende eine Endfrage.

Und ich muss jetzt hier auch keine haushaltspolitische Rede halten. Wir wissen alle, dass das Geld nicht im Haushalt vorhanden ist und auch nicht durch sinkende Kinderzahlen erwirtschaftet wird. Das ist ganz, ganz wichtig, dass wir das nicht vergessen. Und wenn Sie sich jetzt hier lustig machen darüber, dass man Pläne braucht für Bedarfspläne in der Kita, und Sie selbst sagen, dass der Plan von Nordwestmecklenburg bis zum Jahr 2025 gilt, dann ist es doch an der Zeit, dass längst die Kreise ihre Bedarfspläne weitergeschrieben haben,

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Christine Klingohr, SPD: Richtig! Genau!)

so, wie es auch, so, wie es auch in der Schulentwicklungsplanung ist.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt. Sie wollen
aber die nächsten 14 Tage nutzen, um
irgendwas auf den Weg zu bringen.)

Und jetzt muss ich Ihnen noch eins sagen: Wir sind, anders als bei Schulen, Herr Renz, haben wir keinen Einfluss auf die Kita.

(Torsten Renz, CDU: Weiß ich.)

Die Erzieherinnen und Erzieher sind keine Landesangestellten und die Träger sind eben Träger, freie Träger,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und zu Recht freie Träger. Und deswegen haben wir auch keine Übersicht über die Anzahl der belegten Plätze. Wir haben keine Übersicht über Menschen, die dann in Rente gehen.

(Torsten Renz, CDU:
Aber Frau Schwesig hat trotzdem
die Lösung innerhalb von 24 Stunden, ne?!)

Wir haben keine Übersicht der einzelnen, der einzelnen Punkte in den Kitas. Das haben die Träger, das haben die Kommunen, und das fordern wir seit Jahren ab. Und seit Jahren gibt es dazu auch verschiedene Foren.

(Christine Klingohr, SPD: Genau, genau!)

Und seit Jahren sagt man uns auch, keine weiteren Verbesserungen, wir brauchen das Geld für uns. Und wir müssen uns mit allen einigen, weil jeder Mehrausgaben hat, selbst wenn das Fachkraft-Kind-Verhältnis alleinig beim Land liegt, die Ausgaben dafür, jede Verbesserung. Im Rahmen der Konnexität heißt das doch, dass jeder eingestellte neue Erzieher, und Erzieherin, auch weitere Personalkosten, die zum Glück auch immer wieder angepasst werden und unsere Erzieherinnen und Erzieher gut verdienen, dass das Ausgaben sind, die auch auf die Kommunen zukommen. Und deswegen müssen die Kommunen mit im Boot sein, das ist ganz wichtig,

(Torsten Renz, CDU: Richtig!)

und müssen einerseits das, dazu bereit sein und andererseits natürlich auch gemeinsam mit den Trägern dann die Zahlen liefern.

Es geht uns auch darum, nicht nur das Fachkraft-Kind-Verhältnis zu senken, sondern dass wir auch gucken, dass wir alle Erzieherinnen und Erzieher in der Perspektive im System halten, die jetzt im System sind. Und auch da ist es wieder anders als bei Lehrkräften. Bei Lehrkräften konnte man ein Lehrpersonalkonzept machen. Das geht bei Erzieherinnen und Erziehern nicht, weil sie keine Angestellten des Landes sind.

Wir sind im Austausch. Wir sind in einem sehr gelingenden Austausch, und unser gemeinsames Ziel ist es, weitere Qualitätssteigerungen in der Bildung der Kinder voranzubringen. Und dafür brauchen wir einen fest abgesteckten zeitlichen und fest

abgesteckten finanziellen und personellen Rahmen. Und genau dafür befinden wir uns im Gespräch.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Es gibt jetzt zum einen, Herr Renz, noch mal die Möglichkeit, die Frage zu stellen am Ende, und dann hatten Sie noch zusätzlich die Kurzintervention angemeldet. Können wir uns vielleicht auf ein Instrument beschränken oder wollen Sie beide nutzen?

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! So, wie Sie es ausgeführt haben, habe ich die Absicht, beide Instrumente zu nutzen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Okay. Gut, dann beginnen wir jetzt mit der Frage, die Sie jetzt stellen können.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben ja mehr oder weniger angedeutet, dass es Ihrer Großzügigkeit entspricht, dass wir überhaupt debattieren, weil ja dieser Antrag keine Deckungsquelle enthält und somit eigentlich gar nicht diskussionswürdig ist. Die Frage daraus würde ich ja schon fast ableiten, warum setzt der Ältestenrat dann im Benehmen überhaupt unseren Antrag auf die Tagesordnung.

Aber ich frage Sie ganz konkret: Wenn in unserem Antrag steht, im Aufforderungsteil, in einem ersten Schritt im Juni 26 soll dem Landtag ein Gesetzentwurf sozusagen vorgelegt werden, der diese Absenkung auf 1 : 5 und 1 : 20 dann beinhaltet, dem Landtag soll, wenn dieser Beschluss gefasst wird, ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, ist es dann Ihre Rechtsauffassung, dass dieser Antrag, wenn der Landtag ihn beschließt, dann schon finanzielle, finanzielle sozusagen Folgen entwickelt, dass Sie heute sagen, Sie können hier eigentlich nicht debattieren?

Ministerin Simone Oldenburg: Ich würde gerne beide zusammen beantworten.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Einen kleinen Moment.!

Frau Ministerin, Sie möchten darauf reagieren? Bitte schön!

Ministerin Simone Oldenburg: Nein, ich antworte auf beides zusammen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Auf beides zusammen, dann können Sie ...
Na ja, das ist schwierig. Also bei der Kurzintervention haben wir das Instrument. Ich würde es jetzt tatsächlich, weil es auch mit der Zeit schwierig ist, die zu messen, hier dann trennen, wenn es geht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ministerin Simone Oldenburg: Na, dann mache ich das.

Sie fordern einen Gesetzentwurf, aber Sie haben keinen Gesetzentwurf hier vorgelegt.
Das ist der Unterschied. Sie haben einen Antrag vorgelegt,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und, aus meiner Sicht, und es ist guter parlamentarischer Brauch, dass man jeden finanzrelevanten Antrag mit einer Geldquelle untersetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Herr Renz, Sie haben jetzt die Möglichkeit für die Kurzintervention.

Torsten Renz, CDU: Danke, Frau Präsidentin!

Nicht nur Frau Oldenburg, sondern auch Frau Ministerpräsidentin, aber insbesondere in dieser Rede Frau Oldenburg suggeriert immer wieder der Öffentlichkeit, dass Sie

mit einer großen Selbstverständlichkeit die Erzieher-Kind-Relation, weil Sie es eigentlich schon immer machen wollten, in diesem Land bis zum 20. September noch reduzieren wollen. Und dazu muss man sich die Frage stellen,

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

dazu muss man sich die Frage stellen, wenn Sie das schon immer vorgehabt haben und hier behaupten gegenüber der Öffentlichkeit und es nicht in Ihrem Koalitionsvertrag steht, ist das nicht einfach nur Angst vor der Wahl am 20. September, dass Sie jetzt schnell eine Lösung einfach herbeiführen wollen, die Sie sonst niemals, niemals vor dem 20. September auf den Weg gebracht haben.

Und eine zweite Anmerkung meinerseits: Sie haben gestern die Lösung präsentiert, einen Stufenplan oder Perspektivplan vorzulegen anhand,

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

anhand der Pläne der Landkreise. Ich weiß sehr wohl, dass die Landkreise dafür zuständig sind. Aber ich habe auch kurz an Beispielen dargestellt, dass der Standort sehr unterschiedlich ist – teilweise bis 2030 liegen Pläne vor, teilweise aber auch 25 oder 26. Das heißt, im Ad-hoc-Verfahren kommen Sie mit diesem Lösungsansatz, der – ich will ihn gerne verstehen – aber im Moment noch nicht nachvollziehbar ist, wie Sie das machen wollen, vor dem Hintergrund, dass Sie das schon immer machen wollten. Dieses Thema ist nicht vom Himmel gefallen. Sie sind unter Handlungsdruck, weil das Volksbegehren sich auf den Weg gemacht hat, hier inhaltliche Verbesserungen im Bereich des KiföG auf den Weg zu bringen. Das ist der einzig wahre Grund.

Und das haben wir als CDU schon vor zwei Jahren Ihnen angeboten, im gemeinsamen Dialog einen ersten Schritt zu gehen, gemeinsam darüber zu sprechen mit der kommunalen Ebene, insbesondere auch mit den Oppositionsfraktionen. Und das haben die Fraktionen von SPD und Linken in diesem Land kontinuierlich seit zwei bis drei Jahren...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ...

Torsten Renz, CDU: ... nicht nur ignoriert, sondern auch abgelehnt.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... die Zeit ist jetzt abgelaufen.

Torsten Renz, CDU: Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Ministerin, möchten Sie auf die Kurzintervention reagieren?

Ministerin Simone Oldenburg: Ja, selbstverständlich, und das auch noch sehr gerne.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Ministerin Simone Oldenburg: Herr Renz, wenn Sie mal den Koalitionsvertrag kennen würden und alles, was diese Koalition zusätzlich gemacht hat, dann würden Sie aus dem Aufzählen gar nicht rauskommen. Ich könnte jetzt im Bildungsbereich anfangen, was wir alles gemacht haben, was nicht im Koalitionsvertrag steht. Also da würde ich jetzt mal sagen, wenn das für Sie immer der Maßstab ist, das, was Sie sich aufgeschrieben haben, nur daran hangeln Sie sich fest oder hangeln Sie sich lang, dann müssen Sie das tun, ne. Also wenn Sie da so eingeschränkt sind in Ihrem Handeln, dann ist das Ihr Problem. Wir sind es nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und deswegen haben wir weit mehr gemacht, als die Koalitionsvereinbarung es jemals dort festgezurrert hat.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und jede Verbesserung, die es zum Beispiel auch in den Haushaltsüberschüssen gab, zeigt doch, dass wir immer weiter an der Kindertagesförderung und an der Bildung

gearbeitet haben, ob es die Alltagshilfen sind, ob es die zusätzlichen unterstützenden pädagogischen Fachkräfte sind, ob es die fünfeinhalb Millionen sind für die Sprach-Kitas – Steht auch nicht im Koalitionsvertrag, Herr Renz, oder habe ich mich da geirrt?

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Also wir machen weitaus mehr. Uns daran versuchen zu messen, das ist irgendwie so ein bisschen kleingeistig. Und da weiß ich, dass Sie so nicht unterwegs sind, und deswegen lasse ich das jetzt mal durchrutschen.

(Enrico Schult, AfD: Ah,
noch mal die Kurve gekriegt!)

Es ist also so, dass wir weitaus mehr machen, und es ist auch so, dass wir jede Möglichkeit suchen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich habe Ihnen gesagt, wie teuer es ist, 1 : 5. Und wenn Sie im Haushalt dieses Geld finden, ohne irgendwelche zusätzlichen Möglichkeiten von Bundesebene, dann haben Sie eine Möglichkeit gefunden, die wir nicht haben, ohne woanders was wegzunehmen. Denn ich möchte nicht, dass die Lehrkräfte mehr arbeiten. Ich möchte nicht, dass die Hälfte der Polizisten zu Hause bleiben oder, oder, oder, sondern bei Beibehaltung dessen, was wir haben, ohne hier irgendetwas zurückzunehmen, da, wenn Sie da das Geld finden, dann her damit. Ich zweifle aber daran, dass Sie tatsächlich daran interessiert sind, eine Fachkraft-Kind-Relation zu senken. Ich habe hier ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Ministerin, die zwei Minuten sind jetzt abgelaufen.

Ministerin Simone Oldenburg: Schade!

Ich habe ein altes Zitat von Ihnen, wo Sie sagen, wir wollen hier nicht Äpfel und Birnen vergleichen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Ministerin ...

Ministerin Simone Oldenburg: Der Westen ist Entwicklungsland. Wir haben Fachkräfte, der Westen nicht. Und Fachkraft-Kind-Verhältnis kann man nicht vergleichen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Enrico Schult, AfD: Und jetzt
darf man noch prahlen!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank! Sie haben immer wieder die Möglichkeit, noch mal eine Rede anzumelden. Vielen Dank!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um acht Minuten überschritten. Das heißt zusätzliche Redezeit für die Oppositionsfraktionen von drei Minuten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, wir haben jetzt erst angefangen.
Ich dachte, das wäre schon das Schlusswort.)

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Enrico Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Bürger da draußen, liebe Eltern da draußen, ja, Sie sehen, was es so bringen kann, wenn sich Eltern auf den Weg machen, ein Volksbegehren starten in den Kindertagesstätten. Da stellt sich die Ministerpräsidentin hin und sagt hier mal ad hoc, kein Erzieher wird gekündigt, sie nimmt sich der Sache an.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ist wie mit den Krankenhäusern!)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ja vor zwei Jahren schon einmal hier gestanden, an gleicher Stelle, und haben über den gleichen Aspekt debattiert. Denn der Betreuungsschlüssel in unseren Kindertagesstätten ist einfach zu schlecht. Ich sagte es, bundesweit haben wir den schlechtesten Betreuungsschlüssel. Das heißt, viel zu wenige Erzieher müssen sich um viel zu viele Kinder kümmern. Und Herr Renz sprach es ja auch an, indem er sagte, natürlich ist das jetzt ein Wahlkampfmanöver, weil man Angst hat vor dem 20.09., dass man eigentlich gar keinen wirklichen Plan hat, wie man mit der Situation umgehen soll oder mit diesem Volksbegehren umgehen soll.

Denn, sehr geehrte Damen und Herren, gestern Abend um 21:45 Uhr schickte das Bildungsministerium eine E-Mail an alle Träger in Mecklenburg-Vorpommern mit Formularen und mit der Bitte um Zuarbeit. Da heißt es, und ich zitiere: „Da bisherige Versuche, über Abfragen, statistische Erhebungen oder die Jugendhilfebedarfsplanung die vorhandene sowie notwendige Anzahl von Fachkräften abzubilden, erfolglos blieben, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung bei der Ermittlung der Situation der Fachkräfte in den Einrichtungen.“

Das müssen Sie sich mal vorstellen, wir haben gestern hier debattiert über das Volksbegehren, und gestern Abend um 21:45 Uhr – ich weiß nicht, welcher Mitarbeiter da noch Überstunden machen musste – schickt man diese E-Mail an alle Träger des Landes mit der Bitte, und da gibt man ja unumwunden zu,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Dass man keine Ahnung hat!)

alle bisherigen Versuche sind erfolglos geblieben und man hat gar keine Ahnung, welche Situation in den Kindertagesstätten überhaupt sozusagen vorherrscht. Da wird dann gebeten um die Bedarfe, welche Bedarfe sie denn sehen, die Träger, und so weiter, eine Excelliste ist da noch mitgeschickt worden.

Und da sage ich Ihnen ganz offen, das hängt natürlich damit zusammen, dass man jetzt in Handlungsdruck geraten ist. Das hängt damit zusammen, dass die

Ministerpräsidentin hier etwas angekündigt hat, was sie gar nicht so auf dem Faden hatte und was natürlich durch die Eltern jetzt initiiert und angestoßen wurde.

Und ja, wir haben einen hohen Handlungsdruck in unseren Kindertagesstätten. Es ist so, eine Erzieherin, ein Erzieher muss sich um sechs Kinder kümmern in Mecklenburg-Vorpommern in der Krippe, in der Kita sind es 1 : 14 und im Hort sind 1 : 22. Und die Volksinitiative, von der ich sprach, die forderte damals 1 : 4, 1 : 10 und 1 : 17. Und Sie sprachen an dieser Stelle immer von Finanzierung. Vor zwei Jahren haben wir ein Finanzierungs-, eine Finanzierungsoption, eine Deckungsquelle vorgelegt. Diese Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation des Betreuungsschlüssels würde kosten – laut Aussagen des Finanzausschusses –, damals 278 Millionen Euro. Die AfD-Fraktion hat damals dargeboten, weshalb sie sozusagen das sich leisten könnte, indem wir im aktuellen Haushalt natürlich Einsparpotenziale im Bereich Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, Transformation und Energiewende und Verwaltungsmodernisierung sozusagen veranschlagt haben. Insgesamt 320 Millionen Euro hätten wir eingespart im Haushalt 23/24. Das haben Sie aber alles rundheraus abgelehnt.

Da sage ich Ihnen, dass natürlich die Möglichkeit bestand, damals schon, und auch heute besteht, wenn man das Geld ausgeben möchte, sehr geehrte Damen und Herren, dann kann man das. Man muss bloß das Geld an der richtigen Stelle wegstreichen, und man muss das Geld für die Kinder aufwenden in unseren Kindertagesstätten. Und dafür steht meine Fraktion, dafür steht die AfD bereits seit zwei Jahren, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Die Notwendigkeit, werte Kollegen, die Notwendigkeit ist ja, glaube ich, jedem klar, sollte jedem bewusst sein. Wir haben, damals noch wurde argumentiert, wir haben zu wenige Erzieher. Das ist so, dass wir jetzt durch die niedrige Geburtenrate ... Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern im letzten Jahr etwas über 8.000 Geburten zu verzeichnen gehabt. Wenn man sich das mal überlegt, 8.000 Geburten nur noch, wir haben zur Wendezeit fast 24.000 Geburten gehabt in Mecklenburg-Vorpommern. Das

ist natürlich auch eine gesellschaftliche Entwicklung, aber auch ein Armutszeugnis der Familienpolitik in diesem Land, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in Deutschland, was uns auch sorgenvoll stimmen müsste. Aber wir hätten dadurch, durch den massiven Geburtenrückgang, hätten wir eben die Chance, mehr Erzieher einzustellen oder zu halten im System und den Betreuungsschlüssel dadurch halt zu verbessern.

Der Betreuungsschlüssel muss dringend verbessert werden. Ich sagte es, die anderen Bundesländer haben alle einen anderen, einen besseren Betreuungsschlüssel. Und wir haben massive Probleme in unseren Kindertagesstätten. Denn wann, wenn nicht jetzt, werte Kollegen? Angesichts dieser sinkenden Kinderzahlen und einem noch vorhandenen Überangebot an Fachkräften wäre jetzt die günstige Gelegenheit, den Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern, und das, bevor die Pädagogen, die wichtigen Pädagogen, die wir jetzt in den Kindertageseinrichtungen haben, das Land verlassen.

Und dass der Bedarf vorhanden ist, zeigt eine Kleine Anfrage der AfD zu den Schuleingangsuntersuchungen. Da führte ich gestern kurz schon zu aus, dass mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern ganz viele Kinder zurückgestellt werden. Das heißt, sie können nicht regulär in die Schule aufgenommen werden, in der Schule aufgenommen werden, weil sie Defizite haben. 2025/26 waren es 6,5 Prozent der Kinder, im Schuljahr davor waren es 5,5 Prozent der Kinder und 2020/21 waren es 4,8 Prozent der Kinder.

Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein wirklich großes Problem, denn die Kinder brauchen die Unterstützung in unseren Kindertagesstätten. Wir brauchen gut ausgebildete Erzieher, und wir brauchen natürlich mehr ausgebildete Erzieher, die dieses Defizit, was auch wirklich durch Probleme in den Familien auch existiert ... Schauen Sie sich mal um, was in einigen Familien manchmal abends los ist! Da wird nicht mehr miteinander gesprochen oder irgendetwas vorgelesen, das gleicht dem gemeinschaftlichen Handy oder Wischen auf dem Handy. Und das müssen die Erzieher in unseren Kindertagesstätten, müssen das kompensieren. Und deshalb ist es gut und richtig, an den Betreuungsschlüssel ranzugehen, denn das wird natürlich dann auch in der Zukunft Früchte tragen. Dann brauchen diese Kinder auch in der

Zukunft nicht diesen Förderbedarf, der sich ja wahrscheinlich jetzt hier nach und nach auftut.

Die Kleine Anfrage, die ich gestellt habe, die führt auch aus – es ist im Übrigen von der Landesregierung beantwortet, das habe ich mir nicht selber ausgedacht –: Immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in unseren Kitas, insbesondere in den Bereichen „Lernen“ und „Geistige Entwicklung“, hohe Auffälligkeiten bei zentralen Vorläuferfertigkeiten haben unsere Kinder, wie Körperkoordination, selektive Aufmerksamkeit, Zahlen- und Mengenverständnis, aber auch in der Sprachverarbeitung. Mittlerweile weisen 23 Prozent der untersuchten Kinder auffällige sprachliche Defizite auf. Das muss man wirklich mal konstatieren. Und das sind Kinder, die dann nachher in die Schule kommen sollen und in der Schule auch die Schwierigkeiten haben und dann schon mit diesem Rucksack sozusagen ins Schulleben starten.

Deshalb sagen wir als AfD, dass es jetzt geboten ist zu handeln. Wir unterstützen insofern diesen Antrag der CDU, wenngleich, Herr Renz, Sie auch immer wieder Selbstverständlichkeiten sozusagen hier vortragen. Ich weiß auch in der Tat nicht, warum Sie nicht jetzt gleich mit einem eigenen Gesetzentwurf um die Ecke gekommen sind.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also die Landesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Sie sind ja durchaus in der Lage, auch als CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf vorzulegen, wo Sie ganz konkret diese Forderungen aufmachen. Diese Forderungen stützen wir. Wir wollen eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels, langfristig auf 1 : 4 in den Kitas, auf 1 : 10 in den Kindergärten und auf 1 : 17 in den Horten. Das ist vergleichbar mit anderen Bundesländern. Also dann sind wir nicht irgendwie, in der Königsklasse spielen wir nicht als Mecklenburg-Vorpommern. Das ist Standard in anderen Bundesländern, und deshalb müssen wir da auch handeln als Landesregierung.

Es hat mich in der Tat sehr verwundert, dass da abends jetzt noch solche E-Mails rausgeschickt wurden. Frau Oldenburg, vielleicht haben Sie ja noch mal Lust, darauf

Stellung zu nehmen. Ich konnte mir das nicht vorstellen, dass da die Landesregierung da überhaupt gar keinen Plan hat, was jetzt in den Kindertagesstätten los ist. Ich dachte, dass Sie da, ich dachte, dass Sie da informiert sind. Aber dass Sie jetzt noch die Träger auffordern und hier sagen, dass bisherige Versuche erfolglos blieben, das zeigt sozusagen die ganze Hilflosigkeit.

Die Ministerpräsidentin hat es gestern angekündigt in der Aktuellen Stunde. Ich glaube dennoch, es war Wahlkampfgetöse, wie ja wahrscheinlich jetzt viele Debatten, die hier geführt werden, oftmals Wahlkampfgetöse sind, weil ein Volksbegehren, ein Volksbegehren, das beschließt man. Und dann jetzt zu kommen, ja, das ist ja schön, dass ihr das gemacht habt und das initiiert habt, dieses Volksbegehren, und jetzt kommen wir erst und jetzt handeln wir erst.

Wir haben schon viel gehört von dieser Ministerpräsidentin,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wir haben schon viel gehört von der Landesregierung. An Ihrem Handeln werden wir Sie erkennen. Ich bin gespannt, wie es weitergeht in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, werte Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort die Abgeordnete Mandy Pfeifer.

Mandy Pfeifer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU beantragt hier eine qualitative Verbesserung in der Kita mitten in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren, mitten im Arbeitsprozess des Forums „Gute Kita“ und mitten in einer finanziell herausfordernden Zeit. Sie macht das als Reaktion auf ein Volksbegehren,

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt nicht!)

was demokratisch unbedingt zu begrüßen ist,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn es ist wichtig, dass Menschen sich einbringen, wenn sie glauben, es läuft etwas falsch. Aber dieses Volksbegehren spricht auch Emotionen an. Mir ist es nämlich nicht gelungen, den Gesetzentwurf, der hier in Rede steht, zu googeln, um zu lesen, wie erklärt denn das Volksbegehren, wie wir das, was sie wollen, finanzieren wollen. Das ist ja auch wichtig für jeden, der jetzt an den Unterschriftensammlungen teilnimmt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das konnte ich nicht finden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Rufen Sie doch an! Das ist doch quasi
Ihre Kollegin von der GEW.)

und deswegen kann ich ja einmal an dieser Stelle sagen, die Konsequenzen, wenn dieses Volksbegehren Erfolg hat, sind für alle, auch die, die es jetzt mittragen, erst mal noch nicht abzusehen. Auch für uns übrigens hier im Landtag nicht. Wir wissen, es kostet irgendwas zwischen 500 und 800 Millionen jedes Jahr, wenn wir diese Forderungen umsetzen.

(Torsten Renz, CDU: Oha!

Das ist ja eine Spanne.)

Wir hatten zu diesem Thema gestern eine Aktuelle Stunde, in der eigentlich alle Argumente ausgetauscht wurden.

(Julian Barlen, SPD: Die war sehr ausführlich. –

Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es waren aktuelle zweieinhalb Stunden. Den aktuellen vorliegenden Antrag beraten wir trotzdem, und ich gehe davon aus, dass wir das tun, weil die CDU das Abstimmungsverhalten der Koalitionsfraktionen dokumentieren will,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

um damit hinterher zu arbeiten im Wahlkampf. Und das finde ich angesichts dessen
...

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, jetzt hören Sie mir doch erst einmal zu!

(Torsten Renz, CDU: Sch, sch! Pscht!)

Und das finde ich angesichts dessen,

(Zurufe von Julian Barlen, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

dass die Debatte um das Volksbegehren sowohl die Erzieherinnen und Erzieher als auch die Familien im Mark trifft und deren Ängste schürt, schäbig. Nicht,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

nicht, weil wir nicht über die demografische Situation in MV debattieren sollen oder weil wir uns mit sinkenden Kinderzahlen auseinandersetzen sollen und mit ihren Auswirkungen befassen müssen – das ist total wichtig –, sondern weil wir das jetzt hier in diesem Moment rein aus politischem Kalkül tun.

Meine Damen und Herren, im Einzelnen, Herr Kollege Renz, Sie wissen aus der öffentlichen Anhörung im Bildungsausschuss, dass uns niemand herleiten konnte, wie die Initiatoren dazu kommen zu sagen, 3.000 Erzieherinnen und Erzieher werden ihren Job verlieren. Dass das Erzieherinnen und Erziehern Angst macht und Eltern in Sorge um ihre Kinder und um die persönliche Möglichkeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf treibt, das verstehe ich total. Allerdings bedingt eine verantwortungsvolle Politik, dass wir nicht auf Zuruf über Millionen entscheiden, sondern faktenbasiert nach Lösungen suchen. Faktenbasiert bedeutet, wir müssen wissen, wo werden wann welche Stellen frei oder reduziert und welche Maßnahmen ergreifen wir, damit das Personal in unserem Land bleibt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dann, Herr Renz, haben wir in dieser Legislatur qualitative Maßnahmen auf den Weg gebracht, etwa mit dem Landesrahmenvertrag, in dem ein Mindestpersonalschlüssel geregelt ist, der 700 zusätzliche Stellen ins System bringt. Über den Umsetzungsstand wissen wir nichts.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben in dieser Legislatur auch dafür gesorgt, dass dort, wo besonders viele Kinder mit besonderen Herausforderungen in die Kita gehen, mehr Personal eingesetzt werden kann. Was es bedarf, ist eine satzungsmäßige Regelung der Kommunen. Über den Umsetzungsstand wissen wir nichts. Und tatsächlich konnten uns die Vertreter der Kommunen diese Anfrage wiederholt nicht beantworten.

Ich wiederhole hier, was ich dazu auch schon im Bildungsausschuss gesagt habe: Es fällt mir total schwer, über weitere qualitative Maßnahmen zu entscheiden, wenn ich gar nicht weiß, ob und wie die wirken, die wir bereits auf den Weg gebracht haben. Deshalb danke ich der Landesregierung und dem Forum „Gute Kita“ an dieser Stelle für die Arbeit und dafür, dass es sich auf den Weg macht, genau diese Frage zu beantworten.

(Torsten Renz, CDU: Der Beschluss ist schon
gefasst, Sie wissen es nur noch nicht. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir wissen, dass der Perspektivplan noch nicht vorliegt, Herr Renz, das wissen wir auch gemeinsam, und dass das mit unserem Antrag, den Sie hier immer wieder zitieren und der Vorlage zum 31.12.2024 des Perspektivplanes, wir wissen, dass das nicht so ist, weil die Kommunen im Kommunalgipfel zum Jahresende 2024 darum gebeten haben, es nicht zu tun. Und wir sind in der Verantwortung, das hat die Bildungsministerin gesagt, wir sind in der Verantwortung, gemeinsam mit den Partnern, die dieses System mit uns tragen, Wege zu finden.

Jetzt haben wir hier einen Antrag vorliegen ...

Ah, einen Punkt habe ich noch vergessen. Herr Renz, in der Debatte gestern haben Sie gefordert, dass Expertinnen und Experten einbezogen werden sollen, wissend, dass dieser Prozess gerade läuft,

(Torsten Renz, CDU: Wir
wollen mit einbezogen werden!)

und heute, heute präsentieren Sie hier eine Lösung für das Problem der sinkenden Kinderzahlen.

(Torsten Renz, CDU: Einen ersten Schritt.)

Haben Sie denn da auch einen Beteiligungsprozess durchgeführt und gilt diese,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

oder gilt diese Qualitätsregel nur für die Landesregierung?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und zu guter Letzt,

(Glocke der Vizepräsidentin)

zu guter Letzt ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Moment mal, Frau Pfeifer, einen kleinen Moment!

Herr Renz, ich bitte Sie wirklich, nicht jeden Satz zu kommentieren. Das stört hier wirklich auch den Redefluss der Rednerin.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Sie können sicherlich einen Einwurf machen, aber es ist sehr dauerhaft. Danke schön!

Mandy Pfeifer, SPD: Und zu guter Letzt, Sie untersetzen Ihren Vorschlag nicht mit einer Finanzierungsquelle. Das lässt meine Fraktion vermuten, und auch das wissen Sie bereits seit gestern, dass Sie zusätzliche Einnahmen generieren wollen, vielleicht durch Elternbeiträge in einer Zeit,

(Torsten Renz, CDU: Nein, auf keinen Fall!)

in der Familien sehr aufs Geld schauen müssen. Und das ist lebensfern.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Beitragsfreiheit ist in unserem Land ein hohes Gut, mit dem man nicht unsensibel umgehen sollte, auch nicht als CDU, weil sie entlastet Familien,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sie sorgt dafür, dass Erzieherinnen und Erzieher endlich angemessen für ihre wichtige Arbeit entlohnt werden, sie bringt mehr Männer dazu, den Erzieherberuf zu ergreifen und erweitert damit die Perspektiven in unseren Kindertageseinrichtungen. Aber ein Punkt, der sollte Ihnen als CDU besonders wichtig sein, sie ist ein echter Standortfaktor für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, weil sie Vorteile bringt beim Werben um Fachkräfte. Es lohnt sich nämlich für junge Familien, sich hier in Mecklenburg-Vorpommern niederzulassen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Haben Sie
auf einmal ein Herz für Familien gefunden?!
Das glaubt Ihnen doch keiner von der SPD.)

weil sie auf einmal ...

Herr – kommen Sie gerne, kommen Sie gerne ans Mikro, wenn wir uns austauschen wollen, gerne hinterher.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Tilo Gundlack, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Ich mache das noch mal von vorne: Es lohnt sich für junge Familien, sich in Mecklenburg-Vorpommern niederzulassen, weil sie hier eine gute und kostengünstige Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben können

(Thore Stein, AfD: Aber keine Jobs.)

und also beide Eltern sich um die Kinder kümmern können und beide Eltern die Möglichkeit haben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wenn sie im Bürgergeld sind, oder wie?)

sich auch beruflich zu engagieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Mir begegnen Menschen aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die sich wegen der guten Kinderbetreuung in MV hierher verändert haben und hier leben wollen. Und das sollten wir nicht negieren, wenn wir so mit der Beitragsfreiheit umgehen. Dies zu riskieren und es den Eltern nicht mal zu sagen, das finde ich nicht transparent.

Sehr geehrter Herr Renz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben es bereits gestern gehört, wie sich meine Fraktion zu Ihrem Antrag verhält. Wir brauchen ein daten- und faktenbasiertes Handeln. Ich bin dem Forum „Gute Kita“ dankbar, dass die jetzt diese Daten ermitteln. Wir beraten gemeinsam mit Expertinnen und Experten und den Kommunen eine Lösung, die wir auch gemeinsam tragen können. Und wenn wir diese Lösung haben, dann werden wir sie vorlegen.

(Torsten Renz, CDU: Wer sind denn „wir“?)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und, Herr Renz, ich würde es einfach total gut finden, wenn Sie das auch abwarten. Und in der Zwischenzeit können Sie sich auf der Bundesebene engagieren, da wird nämlich gerade das KiTa-Qualitätsgesetz beraten. Und es wäre doch toll, wenn auch die CDU-Familienministerin die Notwendigkeiten für die Kitas im Osten und auch die Notwendigkeiten für Kitas in MV kennt und entsprechende Regelungen in diesem Gesetz vorsieht. Da können Sie Ihren Beitrag leisten, und bis dahin ist die Ministerin mit ihren Beratungen möglicherweise auch weiter. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Torsten Renz, CDU: Ach, die redet auch mit?!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

(Andreas Butzki, SPD: Sehr gut, Mandy!)

An der Stelle gestatten Sie mir noch einmal den Hinweis,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wenn es Fragen gibt an die Vortragende, dann kann man sich hier ans Mikro stellen und sie stellen, so sie zugelassen werden, aber reinrufen und Fragestellungen, das möchte ich bitten zu unterlassen.

Jetzt bitte schön für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die CDU steigt mit ihrem Antrag in eine wichtige Diskussion ein. Wir haben sie gestern auch in der Aktuellen Stunde bereits geführt, und es ist eine sehr emotionale, für mich jedenfalls, Diskussion.

Sie sagen, der demografische Wandel ist eine Chance für unsere Kitas, Sie sagen, wir brauchen bessere Qualität für unsere Kinder, und Sie sagen, wir müssen Arbeitsplätze sichern für unsere Erzieher/-innen. Dafür stehen wir als GRÜNE-Fraktion auch und schon lange, nicht erst seit diesem Volksbegehren, und zwar, weil es richtig ist.

Und genau deshalb lohnt sich aber auch ein etwas genauerer Blick auf Ihren Antrag, denn die entscheidende Frage ist doch, reicht das, was Sie vorschlagen, um dieses Ziel wirklich zu erreichen. Die Realität in unseren Einrichtungen ist klar: In der Krippe betreut eine Fachkraft 6 Kinder, in der Kita 14, im Hort 22. Was das bedeutet, habe ich Ihnen gestern in der Aktuellen Stunde aufgezeigt. Das ist keine gute Betreuung, und meine Gespräche, die ich in der letzten Zeit hatte, auch im Zusammenhang mit dem Volksbegehren, ist die, dass Eltern natürlich sehen, dass die Tatsache, dass sie eine Gebührenfreiheit in der Kita haben, ihnen nützt, dass wir alle sehen, dass es richtig ist, dass Erzieher/-innen inzwischen bessere Einkommen haben, aber was Eltern sehen,

ist, dass sie sich Sorgen darum machen, wenn sie den ganzen Tag arbeiten gehen, dass die Betreuung ihrer Kinder in der Kita wirklich gut ist. Sie sehen die große Betreuungsdichte – also viele Kinder, wenig Erzieherinnen und keine Zeit für das einzelne Kind. Und auch das muss man sehen, das ist keine gute Betreuung.

Sie greifen, liebe Kolleginnen von der CDU, den Begriff der demografischen Rendite auf. Das ist gut, weil die Zahl der Kinder ja aktuell wirklich sinkt und sich Spielräume eröffnen. Hierzu hat der Landesrechnungshof uns in seinem Bericht gesagt – und ich kann das nur immer wieder wiederholen –, weniger Kinder eröffnen zwei Möglichkeiten: Die eine ist, die Betreuung zu verbessern, und die andere ist, Ausgaben zu senken. Und genau hier liegt doch unsere politische Verantwortung. Hier liegt unsere Entscheidungsmöglichkeit. Wir müssen hier an diesem Scheideweg die richtige Entscheidung treffen.

Liebe Kolleg/-innen von der CDU, hier bleibt Ihr Antrag leider zu unklar, deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir sagen, die demografische Rendite muss ausdrücklich und verbindlich für Qualitätsverbesserung und die Sicherung von Fachkräften genutzt werden.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie darf nicht für Einsparungen genutzt werden, das ist der Kern.

Zweiter Punkt: Sie schlagen für den Hort eine Verbesserung auf 1 : 20 vor, für die Krippe von 1 : 5. Das kann doch nur ein erster Schritt sein, von dem wir alle wissen, dass er nicht ausreicht.

(Torsten Renz, CDU:
Steht im Antrag, der erste Schritt!)

Wir stehen heute bei etwa 1 : 22, das heißt, 1 : 20 ist nur knapp über dem Status quo. Und gleichzeitig sehen wir durch die aktuell diskutierten Änderungen des KiföG, wir haben es in der Anhörung gehört, das Risiko, dass sich der Betreuungsschlüssel im

Hort sogar verschlechtern kann. Deshalb sagen wir klar, die Fachkraft-Kind-Relation im Hort muss verbindlich weiter verbessert werden und darf nicht bei 1 : 20 stehen bleiben.

Dritter Punkt: Sie sprechen davon, freiwerdende Personalkapazitäten zu nutzen. Das klingt vernünftig. Aber wir wissen doch aus der Praxis, genau hier entsteht gerade Unsicherheit. Sinkende Übernahmequoten für die ENZ, keine Perspektiven für Auszubildende, Angst vor Kündigungen. Deshalb braucht es Klarheit, freiwerdende Personalkapazitäten dürfen nicht zu Personalabbau führen,

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern müssen gezielt zur Verbesserung der Betreuungsschlüssel und zur Sicherung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vierter Punkt: Sie schlagen einen Stufenplan vor. Der wurde bereits mit dem Entschließungsantrag der Koalition zur Volksinitiative 2024 beschlossen. Wir haben ihn aber immer noch nicht und haben eben eine leichte Erklärung von Frau Pfeifer gehört. Wir sagen an dieser Stelle, der Stufenplan muss endlich verbindlich gestaltet werden. Und ich sage es hier auch sehr deutlich, es geht nicht darum, eine Regelung zum 01.01.2027 zu haben, sondern ein Stufenplan ist der Weg hin zu einem Ziel, der sich über einen längeren Zeitraum ziehen wird. Aber er muss endlich verbindlich ausgestaltet werden mit klaren Zielwerten und einem nachvollziehbaren Zeitrahmen.

Wir haben bereits im Rahmen der Debatte zur Volksinitiative 2024 unsere Forderungen für dieses Ziel klargemacht. Wir haben sie in unserem Änderungsantrag als Mindestanforderungen noch einmal formuliert. Aber wir sehen eben auch, dass es nichts bringt, wenn wir unsere unterschiedlichen Ideen davon, wo denn das Ziel sein soll, hier in den Raum stellen, sondern wir müssen eben gemeinsam miteinander verhandeln,

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie die tatsächliche Ausgestaltung und wie die einzelnen Schritte sein müssen.

Und Fünftens: Wir können diese Diskussion nicht führen, ohne die aktuellen gesetzlichen Entwicklungen mitzudenken, denn es bringt nichts, hier Verbesserungen zu fordern, wenn an anderer Stelle Verschlechterungen entstehen. Deshalb ist klar, gesetzliche Änderungen dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Fachkraft-Kind-Relation oder zu Personalabbau führen.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Antrag geht in die richtige Richtung, aber er bleibt auf halbem Weg stehen. Er erkennt die Chance, aber er nutzt sie nicht konsequent. Wir sagen, wenn wir schon weniger Kinder haben, dann darf das nicht zu weniger Qualität führen, dann muss es zu mehr Zeit führen, mehr Betreuung, mehr Stabilität. Die Verbesserungen, die Sie im Rahmen dieser Legislatur herbeigeführt haben mit der Beitragsfreiheit, mit dem Effekt, dass dadurch eben auch wirklich richtigerweise bessere Einkommen für die Erzieher/-innen erreicht werden konnten, die gehen eben an den Bedürfnissen der Kinder vorbei. Das ist das, was immer noch fehlt und weshalb es so wichtig ist, dass wir diese Debatte jetzt endlich führen. Das ist die eigentliche Bedeutung der demografischen Rendite.

Unser Änderungsantrag konkretisiert Ihren Antrag, liebe Kolleg/-innen von der CDU, genau an diesen Punkten. Er schafft Verbindlichkeit und Perspektive, und daran sollten wir diesen Antrag gemeinsam messen.

Liebe Kolleg/-innen von der AfD und insbesondere Herr Schult, es ist mir wichtig, Ihnen noch einmal sehr deutlich hier an dieser Stelle auch zu sagen, dass es eigentlich ein Treppenwitz der Geschichte ist, dass Sie jetzt auf diesen Zug aufspringen. Ihre Änderungsanträge ...

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Entschuldigung, lassen Sie mich gern ausreden!

Ihre Änderungsanträge in der Vergangenheit waren so formuliert, dass niemand Ihre menschenverachtenden Deckungsvorschläge akzeptieren konnte.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Das war wohlfeil und berechnend. Deshalb bin ich wirklich sehr, sehr froh, dass die Initiative Ihre Versuche zur Vereinnahmung so konkret und so klar zurückgewiesen hat. Sie versuchen hier als Wolf im Schafspelz jetzt so zu tun, als wären Sie die Retter unserer Bildung und die Retterin der Welt ...

(Enrico Schult, AfD: Jede dritte Unterschrift
wieder wegstreichen, jede dritte Unterschrift!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Enrico Schult, AfD)

Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Weniger Kinder plus freiwerdende Personalkapazitäten weiterhin nutzen ist gleich Qualitätsverbesserung. Auf den ersten Blick klingt das plausibel, doch die Realität ist eben deutlich komplexer. Und eine Kita funktioniert nicht wie eine

mathematische Formel, und auch das Gesamtsystem und seine fiskalischen Wirkungen relativieren eine echte demografische Rendite.

Ich erinnere hier auch an die Aussagen der kommunalen Verbände in der Anhörung zur Änderung des KiföGs. Sie beschrieben die Ausgaben- und Einnahmeentwicklung, weniger Kinder heißt weniger Einnahmen für Land und Kommunen, weniger Kinder heißt aber eben nicht automatisch weniger Ausgaben. Und so hat Dr. Judith Gelke vom Landkreistag in der Anhörung zur KiföG-Novelle sehr klar festgestellt, Zitat: „Es gibt diese demografische Rendite derzeit jedenfalls nicht.“ Und sie hat die Zahlen gleich mitgeliefert. Während die Zahl belegter Kitaplätze von 117.600 auf 114.000 gesunken ist, stiegen die Gesamtausgaben gleichzeitig von 872 Millionen Euro auf 985 Millionen Euro, und das bedeutet doch, weniger Kinder führen eben nicht automatisch zu weniger Kosten. Denn die Anforderungen steigen, Beschäftigte gehen in Rente, kleine Einrichtungen im ländlichen Raum müssen weiter betrieben werden, auch wenn dort nur drei oder vier Kinder weniger betreut werden.

Meine Damen und Herren, ich halte es zudem für problematisch, ja, für unredlich, wenn hier immer wieder suggeriert wird, in den letzten Jahren sei in Sachen Qualitätsentwicklung in der frühkindlichen Bildung nichts passiert. Das stimmt schlicht nicht. Und wir können es auch nicht oft genug wiederholen: Die Beitragsfreiheit in Krippe, Kindergarten und Kindertagespflege und Hort entlastet Familien ganz massiv, bis zu 18.000 Euro pro Kind.

Beim Mindestpersonalschlüssel hat sich etwas bewegt. Die ENZ-Azubis im ersten und zweiten Lehrjahr werden nicht mehr auf Personalschlüssel angerechnet. Insgesamt sind dadurch mehr als 1.200 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher im System. Die Fachkraft-Kind-Relation wurde verbessert, die Finanzierung der Sprach-Kitas übernommen und gesichert, die Ganztagsförderung wird ausgebaut und zusätzliche Zeitkontingente für mittelbare pädagogische Arbeit wurden geschaffen, denn gute Kita-Arbeit und gute Pädagogik umfasst eben auch Beobachtung, Teamgespräche, Förderplanung und Elternarbeit.

Und selbstverständlich wissen wir, dass hochwertige frühkindliche Bildung Bildungsungleichheiten verringern kann und insbesondere Kinder aus sozial

benachteiligten Familien davon profitieren. Und deshalb hat sie ja für uns Priorität, und dies widerspiegelt sich auch ganz klar im Haushalt. Die Summen wurden hier bereits mehrfach genannt. Deshalb bleiben wir da auch nicht stehen, sondern wir gehen weiter, Schritt für Schritt, auch mit einem besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel. Darüber haben wir gestern intensiv diskutiert und auch darüber, eben die finanziellen Realitäten im Blick zu behalten, denn eine unseriöse Politik nützt niemandem. Jede Qualitätsverbesserung kostet Geld und eben nicht nur einmalig, sondern dauerhaft. Die Mittel müssen eben jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden. Kleinere Gruppen bedeuten unmittelbar höhere Personalkosten, mehr individuelle Förderung bedeutet zusätzliche Stunden. Und eine zweite Fachkraft in jeder Gruppe, so die Forderung des Volksbegehrens, klingt gut, ist wünschenswert, doch die Politik endet eben nicht beim Wunsch, Politik beginnt dort, wo Verantwortung übernommen wird.

Meine Damen und Herren, und Verantwortung heißt, eine nachhaltige finanzielle Lösung zu finden, und das werden wir auch. Soll das Land neue Schulden übernehmen, aufnehmen? Sollen Kommunen zusätzliche Lasten tragen? Sollen wieder Kitabeiträge erhoben werden? Oder sollen Versprechen gemacht werden, die dann später nicht eingehalten werden können? Wohl nicht!

Die CDU verlangt einen verbindlichen Stufenplan zur Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation in ihrem Antrag. Die Schritte sind nachvollziehbar. Sie wollen darüber hinaus eine höhere Beteiligung des Landes an der Kindertagesförderung. Die zwei Prozent bedeuten zusätzlich 20 Millionen Euro, auch darüber müssen wir dann reden und schauen, woher dieses Geld kommen soll.

Wir sind längst im Prozess, die Qualitätsentwicklung voranzubringen. Im Forum „Gute Kita 2030“ sind Kommunen Träger, Eltern, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik an einem Tisch. Dort geht es konkret um machbare Verbesserungen und nicht um Symbolpolitik.

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass Qualität eben nicht allein nur vom Betreuungsschlüssel abhängt. Auch Teamstabilität, Ausbildung, Qualifikationen, gute Leitung, Fortbildung und Zeit für pädagogische Planung sind entscheidend. Auch das müssen wir mitdenken.

Wie Sie ringen auch wir um eine Beschäftigungsgarantie, um die schrittweise Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, um den Ausbau der Sprachförderung, um eine bessere Unterstützung von Kindern mit besonderen Förderbedarfen und eben nicht zuletzt um die Akzeptanz aller Beteiligten. Ohne die wird es nicht funktionieren. Dazu gehört insgesamt eben auch, realistische Finanzierungsquellen zu finden. Die sehen wir in Ihrem Antrag nicht, und deshalb lehnen wir diesen Antrag auch ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Für die Gruppe der FDP hat das Wort die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel.

(Die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel
trinkt aus dem Wasserglas.)

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auf diesen Schluck habe ich mich schon die ganze Zeit gefreut, aber das mal nur am Rande.

(Heiterkeit bei Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

Der Antrag der CDU – ich brauche das hier nicht alles zu wiederholen, so viel Zeit habe ich auch gar nicht – greift doch wirklich die zentrale bildungspolitische Herausforderung in Mecklenburg-Vorpommern auf. Die demografische Entwicklung der Kinderzahlen, es werden weniger, das ist doch eine Realität. Und der Antrag schlägt vor, freiwerdende Kapazitäten konsequent für Qualitätsverbesserungen zu nutzen, und da bin ich beim Volksbegehren, was ja gestern uns den ganzen Tag beschäftigt hat. Ich denke, ich brauche nicht zu erzählen, warum das alles so entstanden ist.

Ich denke, es ist auch in Ordnung, jetzt anzufangen. Und da finde ich, das, was die CDU hier vorgelegt hat, ist der erste Schritt überhaupt mit dem Antrag, den Sie dort vorschlagen, mit dem Verlauf einer Sache, die wir voll und ganz mittragen können. Der Großteil der Kinder wächst leider unter Bedingungen auf, die aus wissenschaftlicher Sicht nicht ausreichend sind. Das haben wir seit Jahren diskutiert. Wir haben die rote Laterne, das Schlusslicht beim Kinderbetreuungsschlüssel.

(Beifall David Wulff, FDP)

Und wir wissen alle, in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Grundlagen gelegt: Sprache, Motorik, sozial-emotionale Entwicklung. Und eine bessere Fachkraft-Kind-Relation ist kein Detail, das ist wirklich ein zentraler Hebel für Bildungserfolg und Chancengerechtigkeit.

(Beifall David Wulff, FDP)

Ich denke, die beiden Zielwerte, über die wir hier auch sprechen, 1 : 5 in der Krippe und 1 : 20, das sind Dinge, die sind nicht fernab jeder machbaren Realität. Und ich muss schon sagen, gestern die Diskussion, heute sind die Zeitungen davon voll, ich weiß nicht, ich habe es mit Freude, auch etwas Erstaunen gehört, dass die Ministerpräsidentin hier vorne gesagt hat, ja, eine Beschäftigungsgarantie für die Beschäftigten in der Kita und dahin gehend dann auch als Ziel eine Änderung im Betreuungsschlüssel.

Und Sie haben eben etwas ganz Wichtiges gesagt: Die Teamqualität in Kitas ist auch ein ganz wichtiger Schlüssel, dass es den Kindern gut geht, dass auch die Teams miteinander gut arbeiten, und wenn ich so sehe, in Rostock stehen die ersten Kitas vor der Schließung, dass dort die Mitarbeiter durchaus Angst und Sorge haben, dass genau diese gewachsenen Beziehungen auseinandergehen, damit auch noch die Kindergruppen.

Ganz kurz noch zum Änderungsantrag der GRÜNEN. Ich finde, dieser Änderungsantrag schließt vieles auf, aber er ist selbst mir ein bisschen zu fett. Also dort werden wir uns enthalten.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Antrag der CDU stimmen wir zu. – Danke!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Rostock. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Torsten Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde dann mal auf Wunsch eines persönlich oder eines Einzelnen mit dem Änderungsantrag der GRÜNEN anfangen und mich der Kollegin der FDP anschließen, dass wir dem so nicht zustimmen können. Und warum? Weil insbesondere, ich denke, ich spreche jetzt auch für die FDP mit, das zeigt der Änderungs... oder der Entschließungsantrag aus dem Jahre 24,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wo wir gemeinsam schon damals immer gesagt haben, keine Zielfestlegung, sondern im Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften einen Stufenplan entwickeln. Das war immer unsere Position. Und ihr habt damals schon, lieber Harald Terpe, immer ein konkretes Ziel definiert, so, wie ihr es hier jetzt auch macht. Ich weiß nicht, ob das identisch ist von damals,

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

das sind ja jetzt hier Zahlen, die ihr wieder konkret vorlegt.

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und trotzdem haben wir gesagt, finanzielle Auswirkungen, Erzieherbedarf et cetera,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sind verlässlich.)

das muss untersucht werden, deswegen gehen wir nur einen ersten gemeinsamen Schritt, hoffentlich, und deswegen, 1 : 5 und 1 : 20 und alles andere – schließe ich mich an – ist zu weitgehend,

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das muss parteiübergreifend, und das war schon damals immer mein Ansatz, diskutiert und zum Erfolg, zu einem Ergebnis geführt werden.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Rösler, also ich gehöre ja nun zu denen, die schon etwas länger dabei sind, Sie aber auch, auch schon in der Opposition mitwirken durften. Und da werden Sie mir sicherlich bestätigen, dass insbesondere die Oppositionspolitikerin Frau Bernhardt und aus meiner Erinnerung auch Frau Oldenburg immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen haben, dass in Mecklenburg-Vorpommern der schlechteste Betreuungsschlüssel laut Bertelsmann Stiftung existiert.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ich habe es auch im Ohr.)

Das haben wir ja nun 21 erlebt, dass das von heute auf morgen keine seriöse Quelle mehr ist, das sieht jetzt alles ganz anders aus. Trotzdem, Frau Rösler, müssen Sie sich doch fragen, wenn Sie Ihren Redebeitrag hier halten und auf die Erfolge verweisen – und auch da will ich noch mal konkret sagen, dass ich nicht zu denen gehöre, der sagt, es ist nichts passiert, sondern ich sage immer eindeutig und präzise, im Bereich

der Erzieher-Kind-Relation sind Sie einen kleinen Schritt gegangen bei der Kita, aus unserer Sicht war der Schritt falsch, wenn ich Prioritäten setzen muss, es hätte Hort oder, oder Krippe sein müssen, Sie haben sich aber dafür entschieden, das ist ein kleiner Schritt, den Sie in diesem Bereich gemacht haben, über alles andere habe ich gar nicht gesprochen, und deswegen wäre ein Vorwurf, dass wir alles schlechtreden, auf keinen Fall korrekt –, aber was Sie sich fragen müssen, ist, wenn Sie so eine gute Bilanz haben, warum dann das Volksbegehren innerhalb von 14 Tagen über 30.000 Unterschriften gesammelt hat. Die Frage müssten Sie sich doch mal stellen, und ich glaube, Sie würden dann zu einer Schlussfolgerung kommen, dass Sie nicht ganz unschuldig sind an dieser Situation.

Und das verwundert mich auch, ehrlich gesagt, so ein bisschen bei Frau Pfeifer, die uns oder mir persönlich vorwirft, unter dem Motto, was kommt ihr jetzt mit diesem Antrag, wir sind doch jetzt in der fünften Novelle, in der fünften Novelle im Gesetzgebungsverfahren, jetzt kommt ihr mit so einem Antrag.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Sie wollen gar nicht mit uns darüber sprechen, über die Erzieher-Kind-Relation, bis vor zwei/drei Tagen oder bis gestern, bis Frau Schwesig eine Ankündigung gemacht hat. Das haben Sie doch gar nicht zum Thema gemacht.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Sie wollen darüber nicht sprechen, Sie sagen, der Gesetzentwurf geht einzig und allein um den Ganztagsanspruch,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Ganz ruhig, ganz ruhig, Herr Renz!)

und alles andere machen wir irgendwann mal.

(Beifall Ann Christin von Allwörden, CDU)

Sie sind jetzt erst unter Druck gekommen, Frau Pfeifer, und das gehört immer zur Wahrheit dazu.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja. –
Patrick Dahlemann, SPD: Aber nicht durch Sie.)

Und ich weiß auch nicht, ich glaube, gestern bei der Debatte waren Sie nicht dabei.

(Zuruf von Mandy Pfeifer, SPD)

Sie waren dabei, okay. Dann müssen Sie ja gehört haben, dass ich Ihnen vorgetragen habe, weil ja Ihr zweiter Vorwurf ist, wir sind in der fünften Novelle, und Ihr zweiter Vorwurf ist, wir haben doch mehrere Arbeitsgruppen, unter anderem „Gute Kita 2030“, Und da habe ich doch gestern gesagt, dass im März, im März 26 dort im Lenkungsausschuss ein Beschluss gefasst wurde, so einen Stufenplan – und dieser Beschluss wurde mehrheitlich gefasst – auf den Weg zu bringen.

Und ich sage Ihnen jetzt, glaube ich, noch mal – und deswegen auch in Richtung Frau Rösler und Ihre Fraktion –, deshalb, aus meiner Sicht sind Sie nicht ganz unschuldig, dass sich das Volksbegehren auf den Weg gemacht hat, weil sie nicht erkennen können, dass Sie Änderungen im Gesetz vornehmen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen, dass die Erzieher-Kind-Relation oder, anders formuliert, Qualität hier verbessert wird. Und das ist sozusagen Ihre Mitverantwortung, wenn Sie jetzt als Reparaturbetrieb für sich selbst sozusagen antreten, auf den letzten Metern eine Entscheidung herbeizuführen, dann habe ich Ihnen mehrmals gesagt, das werden wir begleiten.

Aber wenn Sie einigermaßen fair sind, dann würden Sie auch mal sagen, dass – und das nehme ich auch wieder für die FDP oder auch insbesondere für uns in Anspruch –, dass wir seit Jahren – und deswegen fällt Ihnen das wahrscheinlich auch so schwer, Zitate über Torsten Renz zu finden, die das Gegenteil aussagen –, dass ich seit Jahren immer wieder und nachweislich eben bei dieser EntschlieÙung 24 gesagt habe, lasst uns gemeinsam partei-/fraktionsübergreifend mit allen Vertretern ... Und das steht in

der Entschließung 24 drin. Und wenn Sie heute so tun, als wenn wir das nicht formulieren, dann sage ich Ihnen, in unserem jetzigen Antrag steht das wieder drin, ein erster Schritt, 1 : 5, 1 : 20 – bedanke mich bei der Ministerin, dass sie gesagt hat, diese Forderungen sind nicht utopisch –, aber ein zweiter Schritt, der einfach dazugehört. Über die Reihenfolge können wir ja diskutieren, aber wir müssen ein Zeichen setzen. Aber der nächste Schritt ist, dass wir – Sie haben gesagt, wir wollen einen verbindlichen Stufenplan, da steht aber „parteiübergreifend“, ich habe alle Gruppen aufgezählt, insbesondere auch die Oppositionsfraktionen –, dass wir daran gemeinsam arbeiten wollen. Und das habe ich schon 24 gesagt mit der Begründung, lasst uns das Thema aus dem Landtagswahlkampf 26 heraushalten, nicht, dass es einen Überbietungswettbewerb gibt, wer am meisten fordert. Und wenn Sie das einmal zugeben würden, meinetwegen auch außerhalb des Protokolls, wäre ich Ihnen schon sehr dankbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das gehört einfach dazu.

Und vielleicht hat ja dann Herr Schult die Größe, der ja auch in den Ausschüssen immer sehr intensiv zuhört, was ich sage, vielleicht hat der dann mal die Größe und bestätigt das und kommt nicht mit solchen Sprüchen daher, Herr Schult, dass Sie indirekt uns Wahlkampfgetöse vorwerfen, weil nämlich dieses konkrete Handeln – und Sie zitieren ja ständig Leute und sagen, an den Taten werden Sie gemessen – und diese Taten habe ich zu Papier gebracht schon in 24

(Enrico Schult, AfD: Ja,
wir haben auch zugestimmt.)

zusammen mit der FDP, haben wir jetzt zu Papier gebracht. Und Sie waren ja auch im letzten Bildungsausschuss da,

(Enrico Schult, AfD: Wir haben
auch zugestimmt, Herr Renz.)

Sie wissen, welche Aktivitäten ich gestartet habe. Sie haben sich befasst, zu Recht, mit dem Gesetzentwurf, der sich mit dem Ganztags befasst hat. Aber ich habe mich schon mit dieser Situation befasst und habe schon entsprechende Stufenpläne angefordert, die finanziell und auch erzieherisch durch die Landesregierung jetzt zugearbeitet werden sollen. Das könnten Sie ja auch mal bestätigen. Ich habe mich auch schon nach dem Gesetzgebungsverfahren erkundigt, ob es überhaupt möglich ist, im Rahmen der fünften Novelle zu handeln.

Frau Pfeifer, Sie hatten eine kleine nachvollziehbare Auszeit genommen, aber ich denke, Ihre Mitstreiterinnen, die dort saßen, die zwei, die ich im Blick hatte, die ja durchweg das Handy bedient haben, die werden Ihnen sicherlich mitgeteilt haben, dass ich diese Arbeitsaufträge dann dort ausgelöst habe.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen dann mal zum Thema „finanzielle Auswirkungen“. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, ich bräuchte die jetzt nur zu liefern, dann würde Frau Rösler mehr als darüber nachdenken, dem zuzustimmen. Ich habe mir das jetzt aufgeschrieben, Sie lehnen ab, weil es keine finanziellen Auswirkungen gibt. Ich habe ja vorhin versucht herauszuarbeiten, ich habe ja eigentlich eine Bestätigung der Ministerin herausgehört, dass dieser Beschluss nur ein Auftrag ist für die Regierung, etwas vorzulegen. Das heißt, ich sehe mich gar nicht in der Notwendigkeit, hier eine Finanzierungsquelle vorzulegen. Ich will es aber trotzdem machen, um Ihnen vielleicht noch das vorletzte Argument in dieser Kette zu nehmen oder das drittletzte, das wird ja dann entsprechend erweitert, um hier abzulehnen.

Ich bin Ihnen auch sehr dankbar, Frau Rösler, dass Sie eine realistische Zahl in den Raum gestellt haben, nämlich diese 20 Millionen. Ich habe nämlich auch diese 21 Millionen ausgerechnet,

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

die unser Antrag nach sich zieht, das ist einfach. Dann können Sie ja vielleicht erklären, warum die Ministerin hier einen dreistelligen Millionenbetrag aufgerufen hat. Ich weiß es nicht. Unser Antrag sagt ganz klar, ab 01.09.27, und wenn dann die

Beteiligungsquote, diese zwei Prozent dann greifen, und die Zahlen – und ich kann nur die Zahlen des Bildungsministeriums als Arbeitsgrundlage nehmen, da habe ich nun keine andere Möglichkeit, das kann sein, dass die sich zwischendurch ändern, das hatten wir schon mal, genau bei diesem Thema –, aber wenn ich jetzt die Zahlen, die aus meiner Sicht die letzten Zahlen waren, die uns vorgelegt worden sind, wenn die Krippe dann, diese Absenkung, 39,5, also fast 40 Millionen kostet und der Hort, die Zahl, die mir dort zugeliefert wurde, ist 23,5, also in der Summe circa 62 Millionen im Jahr, die das Ganze mehr kostet, dieser erste Schritt, und da wir ein Vierteljahr nur beantragen, bleibt ja Pi mal Daumen dann eine Summe, ob nun 20 oder 21 Millionen, tatsächlich übrig, so will ich das mal formulieren, die notwendig ist, um diesen Zukunftsplan jetzt, von dem sprechen wir ja jetzt, um die ersten Maßnahmen auf den Weg zu bringen, dann geht es also um 20 Millionen.

Jetzt habe ich gestern Abend tatsächlich gesessen, mehrere Deckungsquellen aufgeschrieben, aber am Ende, aufgrund meiner politischen Erlebnisse hier mit Rot-Rot in diesem Landtag habe ich mir gesagt, nee, du wirst gar keine Quelle benennen, weil dann werden Sie sich an dieser Quelle abarbeiten, Argumente suchen, suchen, suchen,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Ja, so kompliziert ist regieren.)

um dann zu sagen, nee, die Deckungsquelle geht nicht. Und deswegen biete ich Ihnen noch mal Folgendes an:

(Julian Barlen, SPD: Das ist Trick 17
mit Selbstüberlistung oder so.)

Die CDU-Landtagsfraktion, die CDU Landtagsfraktion hat seriös beim letzten Doppelhaushalt Minderausgaben in 186 Millionen, in Höhe von 186 Millionen Euro beantragt. Ich biete Ihnen unter anderem auch an die globale Personalminderausgabe von 54,5 Millionen Euro für 2027. Und ich biete Ihnen dann an, dass wir gemeinsam – es wird irgendeine Deckungsquelle dabei sein, die Ihnen möglicherweise passt, Sie werden sich, glaube ich, nicht darauf zurückziehen, so, wie die Ministerin das vorhin

gemacht hat und sagt, wir wollen nirgendwo was streichen –, wir müssen irgendwo etwas wegnehmen –, und ein Angebot ist die globale Personalminderausgabe in Höhe von 54,5 Millionen Euro. Die biete ich noch mal an, um gemeinsam dann diese Sache von circa 20 Millionen Euro, die das dann kosten würde,

(Jeannine Rösler, Die Linke: Die brauchen wir
aber jedes Jahr, die brauchen wir jedes Jahr.)

Hier ...

Erst mal sprechen wir vom ... Deswegen brauchen wir auch nachher eine Runde, wo Sie am Tisch sind und wir auch, damit wir über weitere Schritte sprechen. Genau das ist die Argumentation, Frau Rösler. Wir brauchen jetzt, wenn Sie zustimmen, 20 Millionen Euro. Das machen wir jetzt gemeinsam. Das ist unser Schritt 1, da kann ich, wie gesagt, wenn Sie sagen, Sie sind morgen mit im Boot, den Gesetzentwurf vorlegen, das beschließen wir. Und dann setzen wir uns zusammen, so, wie es in Punkt 4, glaube ich, hier steht, alle sind aufgezählt, auch das Volksbegehren muss da auch mit an den Tisch, dann beschließen wir einen Stufenplan. Genau das ist der Weg. Freue mich, dass Sie zumindest signalisieren, darüber nachzudenken.

Aber es kann doch nicht sein, dass wir uns hier anhören müssen – und ich habe heute wenig Kritik an Frau Oldenburg, insbesondere, weil sie uns ja auch so gelobt hat für den seriösen Vorschlag –, aber eins kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht ersparen, Frau Oldenburg, wenn Sie dann sagen, Sie wollen nirgends streichen, Sie wollen nicht, dass die Lehrer noch mehr arbeiten, also da musste ich mich wirklich hinsetzen, richtig zurücklehnen, hat mich wieder an Ihr Wahlprogramm – nee, erst habe ich mich erinnert, dass Rot-Rot vor über 20 Jahren die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer von 25 auf 27 Stunden heraufgesetzt hat. Dann habe ich mich an Ihr Wahlprogramm erinnert, dass Sie das definitiv reduzieren wollen wieder auf 25 Stunden zurück. Dann habe ich mich erinnert an den Koalitionsvertrag, in dem sie schon gar nicht mehr stattgefunden haben, nämlich, dass da drinsteht, Sie wollen das zum Ende der Legislaturperiode prüfen. Und jetzt haben Sie auch die Prüfung noch abgesagt. Sie haben jetzt Pressemitteilungen rausgegeben, dass das definitiv die nächsten zwei Jahre nicht stattfinden wird. Und dann stellen Sie sich hin – wo zum Beispiel die

Gymnasiallehrer in Mecklenburg-Vorpommern die höchste Unterrichtsverpflichtung in ganz Deutschland mit haben –, dann stellen Sie sich hier hin, um dieses Argument zu bringen, Sie wollen die nicht noch zu mehr Arbeit verpflichten. Da fällt mir bald gar nichts mehr ein.

Doch, eine Idee hätte ich noch: Ähnlich wie die Volksinitiative, das Volksbegehren, das sich jetzt auf den Weg gemacht hat, weil sie die rot-rote Landesregierung im Handeln nicht mehr ernst nimmt, hätte ich jetzt auch noch mal die Empfehlung an die Lehrgewerkschaften, über Ähnliches nachzudenken.

(Heiterkeit und Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Vielleicht würden Sie sich dann in diesem Bereich bewegen und etwas auf den Weg bringen.

Hier, heute und jetzt bedanke ich mich für die sehr konstruktive Diskussion und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler.

Jeannine Rösler, Die Linke: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Renz, in Regierungsverantwortung haben Sie den Handlungsbedarf beim Fachkraft-Kind-Schlüssel noch ganz anders eingeschätzt. Ich erinnere gerne an Äußerungen von Ihnen zu unserem,

(Torsten Renz, CDU: Bitte
konkretes Zitat, konkretes Zitat!)

zu unserem Antrag auf Verbesserung der Kitaqualität und der Fachkraft-Kind-Relation,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Da haben Sie, Zitat,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Folgendes gemeint: „Sie vergleichen ... Äpfel mit Birnen. Da wollen Sie auch nicht nachlassen. Sie wollen doch nicht ernsthaft vergleichen die Erzieher-Kind-Relation in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir auf Fachkräfte setzen, und zum Beispiel in den alten Bundesländern, wo Helferfunktionen et cetera mit einbezogen sind?“ Also soweit nur mal dazu.

(Torsten Renz, CDU: Ja, dazu stehe ich.
Dieses Zitat würde ich sogar wiederholen.)

Aber eins ist mir jetzt noch wichtig, will meine Zeit noch kurz nutzen, um auch noch in Richtung AfD Folgendes zu sagen:

(Torsten Renz, CDU:
Ist wörtlich gemeint, mein Zitat.)

Sie erzählen hier was von Handlungsdruck. Also das ist wirklich an Scheinheiligkeit hier kaum zu überbieten, wenn wir uns mal anschauen, welche Anträge Sie

(Enrico Schult, AfD: Ja, kann ich Ihnen
ganz genau sagen, Frau Rösler.)

zum Haushalt gestellt haben:

1. Kürzungen bei der Transparenz bei Kitaangeboten,
2. Kürzungen bei Fortbildungsangeboten,

(Enrico Schult, AfD: Alles mehr Geld.)

3. Kürzungen bei Sprachförderangeboten, und da sind Kinder mit Förderbedarfen ganz besonders betroffen,
4. Kürzungen bei Qualitätsentwicklung und
5. die vollständige Streichung der Weiterentwicklung in der Kindertagesförderung.

Das, meine Damen und Herren, ist mehr als entlarvend.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Rösler, zu Ihrer Rede gibt es einen Antrag auf Kurzintervention durch Herrn Schult.

Bitte schön, Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: Ja, Frau Rösler, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegin Rösler, Sie haben ja schnell was hier vorgetragen – Sie brauchen gar nicht so grimmig zu gucken, ich muss das bloß noch klarstellen hier –, Sie sind ja nach vorne gelaufen, haben da irgendwas vorgetragen

(Unruhe vonseiten der Fraktion Die Linke –
Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

und sind dann schnell wieder weggelaufen. Ich habe gar nicht so schnell die Karte gefunden, um das hochzuhalten, um das noch mal richtigzustellen.

In der Tat haben wir Änderungsanträge gestellt, im laufenden Haushalt im Bereich KiföG haben wir Änderungsanträge gestellt. Wir wollen 7 Millionen, hätten wir eingespart, wir hätten aber 3 Millionen mehr ausgegeben. Und wir hätten die

Einsparungen tatsächlich generiert im Bereich Werbekampagnen des Bildungsministeriums. Sie schalten immer wieder große Anzeigen im „Blitz“, kostet 45.000 Euro, eine große Anzeige. Da wird dann erklärt, wie toll das Bildungsministerium sozusagen die Arbeit macht und was da alles so Tolles ist in den Kitas. Und wir wollen wirklich das Geld direkt in den Kitas investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Großartig!)

Und wir wollen nicht irgendwelche Dokumentationspflichten und all das, was Sie aufschreiben, sondern dass das Geld gezielt dann den Kindern zur Verfügung gestellt wird, und das habe ich eben hier auch ausgeführt. Der Betreuungsschlüssel muss verbessert werden, und diese ganzen Nebelkerzen, was Sie da an Maßnahmen finanzieren, wo Sie sich selbst wichtigmachen wollen als Landesregierung, das würden wir wegstreichen. Bei anderen Punkten hätten wir aber natürlich mehr Bedarfe, haben wir diagnostiziert und beantragt auch im Ausschuss, was leider abgelehnt wurde.

(Tilo Gundlack, SPD: Prognostiziert.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Möchten Sie darauf reagieren, Frau Fraktionsvorsitzende?

Jeannine Rösler, Die Linke: Ja, selbstverständlich!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Jeannine Rösler, Die Linke: Ich glaube, die Nebelkerzen zünden Sie hier. Wenn Sie sich anschauen, welche Anträge Sie gestellt haben, dann sind das – das, was Sie jetzt hier als Beispiel genannt haben – Peanuts. Sie haben insbesondere Kürzungen vorgenommen oder beantragt, die im Bereich der Qualitätsverbesserung im Kitabereich liegen, und davon sind ganz besonders Kinder betroffen, die besondere Bedarfe haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das stimmt nicht. –
Torsten Koplín, Die Linke: Ja.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Für die Fraktion der CDU hat noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Torsten Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe definitiv zu dem Zitat, weil Sie zehn Jahre penetrant, insbesondere Frau Bernhardt und Frau Oldenburg, so muss ich das sagen, die waren damals zuständig im Bereich Soziales, KiföG und Bildung, penetrant uns damit getrieben haben, dass wir die schlechteste Erzieher-Kind-Relation haben. Ich habe ja immer gesagt, das ist nicht vergleichbar. Den Betreuungsumfang, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben und in allen östlichen Ländern, der ist überhaupt nicht vergleichbar, der weit über 90 Prozent liegt. Woanders sind sie bei 30 und 40, die werden erst noch Probleme bekommen. Deswegen habe ich das immer gesagt, es ist nicht vergleichbar, das ist sogar lobenswert. Und Sie standen an der Spitze der Bewegung, und am – ich weiß nicht mehr, an welchem Tag das war – 15.11., glaube ich, 21,

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

als die Regierung kippte auf Rot-Rot, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ...

Torsten Renz, CDU: ... nahmen Sie eine andere Position ein, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... 40 Sekunden sind nun mal ...

Torsten Renz, CDU: ... und das war meine Kritik. Zu der stehe ich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... nur 40 Sekunden. Vielen Dank für Ihren Redebeitrag!

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/6540 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Herr Damm, kann ich ... Sie hatten zugestimmt, vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Und Stimmenthaltungen? – Könnte ich vielleicht noch mal das Stimmverhalten der AfD sehen?

(Enrico Schult, AfD: Wir haben uns enthalten.)

Enthaltung. Danke schön! Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 8/6540 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eines fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke, SPD und einer fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/6477 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6477 ...

(Unruhe bei Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Anne Shepley,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es irgendwas, was ich noch wissen sollte? Nein.

Also, damit ist der Antrag auf Drucksache 8/6477 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, der AfD, zwei fraktionslosen Abgeordneten, der Gruppe der FDP, Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und SPD und Stimmenthaltungen der übrigen Fraktionen und eines fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: ...